

elan

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE



Überschall-Jet

Absturz vor dem Start

Jugendvertreter

Geflogen bei Henschel

Feldjäger

Sie prügeln für Schmidt-Schnauze

Professor von Ardenne

elan beim roten Edison

HERAUSGEBER
Bernhard Jendreyewski
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert Reichel,
Karl Heinz Schröder, Dr.
Peter Schütt, Pastor Horst
Stuckmann, Werner Weis-
mantel

CHEFREDAKTEUR
Ulrich Sander

STELLV. CHEF-
REDAKTEUR
Hans-Jörg Hennecke, Dort-
mund (verantwortlich)

GESTALTUNG
coopcreative
Jerken Diederich /
Annette Welke

REDAKTION
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

ZWEIGBÜRO
61044 Jüchen a.d.B.
Alsbacher Straße 65

VERLAGS-
GESCHÄFTSFÜHRER
Werner Maletz

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,- einschl.
Mehrwertsteuer / Jahres-
abonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund, Kto. 10068742
Postcheckkonto
Frankfurt/M. Kto. 2032 90

Druck: HESKA,
Klein-Krotzenburg



PFUNDS SACHEN

Schläge auf den Hinterkopf

Warum wehren sich Lehrer gegen die Bundeswehr? Weil sie nicht genug gelernt haben. Diese Staatsbürger ohne Uniform lassen sich von der Bundeswehr ihr Recht verteidigen, die Bundeswehr anzugreifen. Es wird Nachhilfeunterricht für Lehrer geben müssen.
„Welt am Sonntag“, 29.8.71

Werbechef Franz-Josef

Ein Unternehmer, der für seine Produkte in einer Zeitschrift inseriert, die für die Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft und für die sozialistische Revolution Propaganda macht, gleicht einem Benediktiner-Orden, der seine Nachwuchsprobleme durch Anzeigen in den St. Pauli-Nachrichten zu bewältigen sucht.
Franz Josef Strauß lt. „Der Pfeil“ (DJO), Nr. 8/71

Beruhigt Anno 1971

Die Schüler in Nordrhein-Westfalen konnten beruhigter das neue Schuljahr beginnen. Kultusminister Jürgen Girsensohn hat die Prügelstrafe abgeschafft.
„Einheit“ vom 1.9.71

Eindeutig eindeutig

Eine eindeutige Platte, die höchst empfehlenswert wäre, wenn sie nicht in vielen Rillen eindeutig kommunistisch wäre. Die „DAG-Jugendpost“ 9/71 über die Pläne-Platte „Lehrlinge zusammenhalten“ (Wir konnten nur eine Rille je Plattenseite zählen. — Red.)

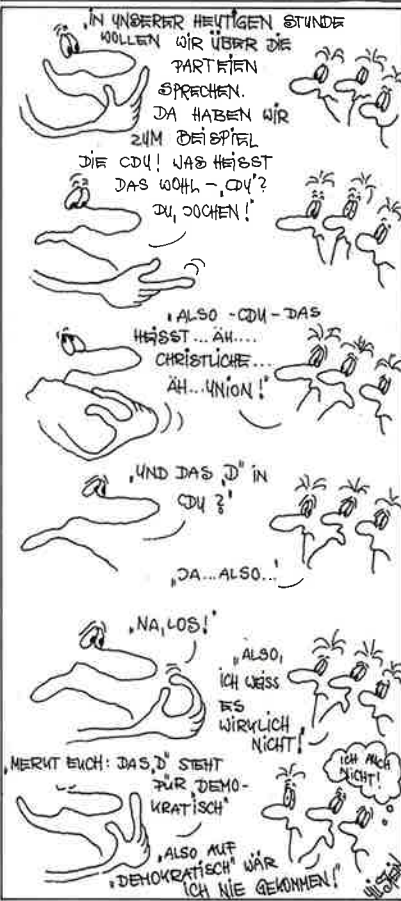
Logik

Der Westen verfügt über keine Ideologie. Das System des gesellschaftlichen Pluralismus ist ideologiefremd und kann — aus seiner inneren Logik heraus — nicht kriegslüstern sein.
„Rheinischer Merkur“, 3.9.71

Dumm, aber folgsam

Je höher der Intelligenzgrad der Wehrpflichtigen ist, desto mehr ist das Verhältnis zum Dienen im Staat gestört.
Generalmajor Siegfried Schulz, lt. „Die Welt“ vom 6.9.71
Glücklich, wer auf dem Lande lebt, wo es keine Universitäten und Schulen gibt. Ihn wird die Sozialisationswelle zuletzt erfassen.
„Welt am Sonntag“, 15.8.71

ULI STEIN'S STAATSBÜRGERKUNDE



Alte BRD

Allein in der Bundesrepublik wurden seit 1921 1,8 Millionen Schlepper verkauft.
„Westfälische Rundschau“ vom 1.9.71 über Traktoren

Feigheit

„Bis heute sind noch nicht allzu viele bereit, ihr Geld tagtäglich den Risiken und Wagnissen des Wettbewerbs auszusetzen. Begründung, warum nur ein „verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung“ Produktivvermögen besitzt, laut „Moment — Extrablatt der Arbeitgeber“.

Immer

Mit meinen 58 Jahren kann ich behaupten, daß ich immer ehrlich gewesen bin.
Krupp-Generalbevollmächtigter Berthold Beitz, „Welt am Sonntag“, 5.9.71

Für Damen kostenlos

4360 Junggesellen zu vergeben — völlig kostenlos! RENE, 8 München 8, Josefsgstr. 57 F/G. Freiprospekt diskret!

Anzeige in der Zeitschrift „7 Tage“ Nr. 34/71

Leistung

Sagen kann man es auf... amerikanisch und bayerisch. (Zumeist mit guten Übersetzungen auf den Plattenhüllen.)
„Unsere Zeit“-Magazin Nr. 36/71 über die Plattenproduktion des „Pläne“-Verlages

Zittern

Drum zittert links, drum zittert rechts, wenn's an der Mauer knallt. Wir scheißen auf die Friedlichkeit und probier'n es mit Gewalt.
Aus dem „Mauersprenglied“ neonazistischer Gruppen in Westberlin, lt. „Spiegel“ vom 16.8.71



Lieber Leser,

Das kennen wir: Pfarrer auf dem Ostermarsch, unter Aufrufen für Frieden, Anerkennung der DDR, gegen NS-Gesetze, bei der Bemühung um die Wiedenzulassung der KPD. Wir wissen auch: In Lateinamerika stehen nicht wenige Priester auf seiten der Revolutionäre, und in den USA gehören Christen zu den entschiedensten Gegnern der US-Aggression in Vietnam. Wir nehmen das zur Kenntnis und stellen fest, daß sich demokratischer Geist auch in Institutionen hinein ausbreitet, die nicht gerade als Zellen der Demokratie bekannt sind. Aber ist uns klar, daß sich unter manchen Christen ein qualitativer Umschlag in ihrem Denken und Handeln vollzogen hat? Sie sind politisch geworden, nicht nur aus einem allgemeinen Humanismus heraus, sondern aus dem festen Willen zur gesellschaftlichen Veränderung. Sie gehen dabei bewußt auch ein Bündnis mit Kommunisten ein. Denn sie haben erkannt, daß eine Umgestaltung der Verhältnisse nicht ohne sie möglich ist. Mehr noch: Christen sind selbst zu Kommunisten geworden, ohne aufzuhören, Christen zu sein. Das bringt sie ins Zwielicht. Kommunisten stehen ihnen etwas reserviert und ratlos gegenüber. Sind diese Christen nicht doch nur „trojanische Pferde“ oder bestenfalls „romantische Schwärmer“? Solche Vorbehalte sind verständlich — aus trüben Erfahrungen der Vergangenheit. Aber sind sie auch begründet? Bürgerliche Christen, besonders auch das kirchliche Establishment, sehen in diesen Christen andererseits Leute, die sich von Kommunisten haben umarmen und unterwandern lassen. Dafür ist die Evangelische Studentengemeinde Mainz ein Beispiel. Weil in ihren Reihen Christen als Kommunisten aktiv geworden sind, wird versucht, diese Studen-

tengemeinde administrativ wieder auf kirchlichen Vordermann zu bringen, damit die Welt für kirchliche Vorstellungen wieder in Ordnung ist. Nur will das nicht gelingen. Denn diese ESG handelt nicht, wie unterstellt wird, als Filiale des MSB Spartakus, sondern aus eigenen Antrieben und Motiven christlichen Glaubens. Wie reimt sich das alles nun zusammen — Christ und Kommunist zugleich zu sein? Diese Christen nehmen den Glauben nicht als eine jenseitige oder innerliche Sache. Sie verstehen ihn als konkreten Ruf zur Befreiung des Menschen aus unmenschlichen Verhältnissen, als Ruf zur Gleichheit und Nächstenliebe. Bei dem Versuch, diese Werte mit Leben zu füllen, sind sie auf die Widerstände und Widersprüche der spät-kapitalistischen Gesellschaft gestoßen. Sie haben gelernt, daß ohne Veränderung des Systems Freiheit, Gleichheit, Nächstenliebe nur Leerformeln und fromme Sprüche bleiben. Darum haben sie sich umgesehen, wo die richtigen und wirksamsten Instrumente zu dieser Veränderung zu finden sind. Sie haben sie im Sozialismus entdeckt. Angeregt durch die marxistische Religionskritik, haben sie zugleich begriffen, daß der Glaube nicht unbedingt und immer „Opium des Volkes“ sein muß, wie ihn die Herrschenden nur allzu gern benutzen und kultivieren wollen, sondern Protestation der Unterdrückten ist. Damit aber die Protestation nicht Ausdruck der Ohnmacht oder Quelle neuer Illusionen wird, ist der politische Kampf um ihre Realisierung in der Emanzipation des Menschen nötig. Diese Erkenntnis läßt Christen nicht mehr zwischen den Fronten hin und her schwanken, sondern parteilich werden — für die konkret Unterdrückten, die Lohnabhängigen und die Völker unter neokolonialistischer Herrschaft, also antimonopolistisch und antiimperialistisch werden. Und sie werden parteilich für die, die schon vor und nun mit ihnen für die Befreiung des Menschen wirken, also mit Kommunisten, nicht in vornehmer Distanz, sondern in der Gemeinsamkeit des politischen Willens und Zieles, eben selbst als Kommunisten. Gerade so aber meinen sie, den Impulsen und Intentionen des Glaubens treu zu bleiben in dialektischer Spannung und Einheit. Sie selbst machen einen Lernprozeß durch und laden andere, Christen und Kommunisten dazu ein, damit wir gemeinsam die Welt ändern, daß sie eine menschliche Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenherrschaft wird. Herzlichst

Horst Stuckmann

Horst Stuckmann, Mitherausgeber des elan, ist Studentenfarrer in Mainz.

Inhalt

Arbeiterjugend	
Henschel gegen Jugendvertreter	4
Berufsausbildung: Alles im Eimer	6
Goldenes Vorhängeschloß	6
Umfrage Betriebsverfassungsgesetz	7
Arno Ploog: Der Wunschtraum	8

Solidaritätskongreß	
2500 in Mini, Jeans und Uniform	10

DKP	
Wo der Schuh drückt...	12

Technik	
Absturz vor dem ersten Start: SST	14

Bundeswehr	
Mit einer Wanderausstellung auf Bauernfang	16

Kolumne	
Und jetzt: Abrüstung!	18

Jugendpolitische Blätter	
WBDJ tagte in Chile / Dokumente des Solidaritätskongresses/Helmut Schmidt plant: noch mehr Rüstung	19

Monats-Magazin	
„Stoppt den VEBA-Moloch“ / Strauß fühlt sich beleidigt / Schreibender Arbeiter soll stempeln gehen / Panzer gegen Argumente / „Teppichhändler“ hinterm Bankschalter	23

Wissenschaft	
elan besuchte Prof. v. Ardenne	27

USA	
Vom Anfang einer Endlösung: Attica	30

Kurzgeschichte	
Nach dem Spiel	33

Song-Magazin	34
--------------	----

Leser-Post	36
------------	----

Bücher	38
--------	----

Titelbild: Fotomacher-Cooperative

Fotos: ap (4), Wolfgang Bartels (3), Forschungsinstitut M. v. Ardenne (2), Hans-Jörg Hennecke (1), Klaus Hewel (1), Horstmüller (1), Nowosti (2), Klaus Rose (6), Manfred Scholz (2), Schwamborn (3), Uli Stein (2).

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Pläne-Verlages bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

„Gute Fahrt!“, wünscht Henschel. Jugendvertreter Peter Giesecke hält nun seine Papiere in der Hand...

GUTE FAHRT!

HANOMAG-HENSCHEL



elan bei Henschel
in Kassel:
Unternehmerwillkür
soll auch durch
„neues“ Betriebs-
verfassungsgesetz
gedeckt werden!

„Giesecke steht schon lange auf der Abschußliste“

Von Hans-Jörg Hennecke

Wenn der Linienbus 17 morgens gegen viertel nach sieben an der Vellmarer Straße hält, ist Peter Giesecke (20) nicht mehr unter denen, die dem Südtor der Hanomag-Henschel-Fahrzeugwerke in Kassel zueilen. Im Pfortnerhaus weiß man Bescheid: Wenn Giesecke kommt – nicht reinlassen. Seit dem 18. August hat der Jugendvertreter Peter Giesecke Betriebsverbot. Denn an diesem Tage erhielt er von den Henschel-Bossen den „blauen Brief“ – fristlose Entlassung!

Die ganze Geschichte begann eigentlich mit einer grandiosen Fehlleistung der Henschel-Bosse. Das Kasseler Werk – mittlerweile im Besitz des Konzerngiganten Daimler-Benz – produziert schwere und leichte Lastkraftwagen. Zur Zeit etwa 40 Stück pro Tag. Aber in der Henschel-Direktion hat man die eigenen Möglichkeiten überschätzt. Die 40 Fahrzeuge können nicht alle abgesetzt werden. So stehen 900 unverkaufte Wagen (Henschel-Werbespruch: „Kraft-Paket: Transport auf Gewinn trimmen.“) auf dem Werksgelände, und weitere 600 befinden sich im Umlauf.

500 sollten gefeuert werden

Fehlplanung – Überproduktion. Na schön, das ist ja, was die Bosse immer als „Unternehmer-Risiko“ bezeichnen, um damit ihre Riesenprofite zu rechtfertigen. Aber das

Unternehmer-Risiko stellt sich bei Henschel genauso dar, wie in allen anderen kapitalistischen Betrieben: Arbeiter fliegen auf die Straße. 400 waren es bei Henschel seit April (Gesamtbelegschaft zuvor etwa 5 500).

Peter Giesecke: „Das war mir als Jugendvertreter natürlich nicht gleichgültig. Bei der schlechten Absatzlage war mir klar, daß auch die Arbeitsplätze der übrigen Kollegen in Gefahr sind.“

Und so fand der clevere Gewerkschafter heraus, was in der Direktion hinter vorgehaltener Hand gemunkelt wurde: Bis zum Jahresende 1971 fliegen weitere 600 „Henschelaner“!

Giesecke informierte mehrere Kollegen über diesen neuerlichen Anschlag der Werksleitung auf die Belegschaft. „Einen Tag später wurde ich ins Personalbüro beordert“, berichtete mir Peter. „Dort warf man mir vor, im Betrieb Unruhe ge-

stiftet zu haben. Herr Schulze, der Personalchef, erklärte, daß ich mit fristloser Kündigung zu rechnen habe. Ich solle mein „Marschgepäck“ bereithalten und nun schön wieder an die Arbeit gehen.“

Vorsorglich erweiterte die Werksleitung ihre Vorwürfe auch darauf, daß Peter Giesecke während der Arbeitszeit außerhalb des Betriebes an einer politischen Demonstration teilgenommen habe. Das war eine plumpe Lüge, denn zu eben dieser Zeit hatte der Jugendvertreter nachgewiesenermaßen Urlaub!

Betriebsrat und IG Metall sicherten Peter sofort Unterstützung zu. Betriebsratsvorsitzender Paul Gerhold: „Für mich kommt die Entlassung des Jugendvertreters nur in Frage, wenn er silberne Löffel gestohlen hat.“

Das „Verbrechen“ des Jugendvertreters

Nun bekam die Werksleitung einen Moment lang Angst vor der eigenen Courage. Sie bot einen „Kompromiß“ an: Auflösung des Arbeitsverhältnisses im beiderseitigen Einvernehmen; Weiterzahlung des Gehalts bis zum 30. September. Giesecke lehnte ab – und erhielt noch am selben Tage den blauen Brief. Eine schriftliche Begründung für die fristlose Kündigung war darin nicht enthalten. Drei Stunden bevor der Brief auf seinen Schreibtisch flatterte, teilte die Personalabteilung dem Betriebsrat mit, daß die Geschäftsleitung bis Ende des Jahres 500 Mann entlassen müsse!

Peter Giesecke hatte ein in Unternehmeraugen schwerwiegendes Verbrechen begangen: Unterlaufen der Schweigepflicht, die das Betriebsverfassungsgesetz im Unterneh-

mer-Interesse vorschreibt. Der reaktionäre Regierungsentwurf für ein „neues“ Betriebsverfassungsgesetz ändert auch daran nichts. Besonders aus der Praxis kritisiert Peter deshalb diesen Entwurf: „Das Betriebsverfassungsgesetz hat und behält die Funktion, wichtige Informationen an die Belegschaft zu unterbinden. Die Unternehmer haben so die Möglichkeit, ihre antisozialen Pläne bis zur Entlassung unserer Kollegen geheim zu halten.“

Der Jugendvertreter zieht aus dem Regierungsentwurf den Schluß: „Da eine echte Mitbestimmung der Arbeiter, Lehrlinge und ihrer gewählten Vertreter vom Regierungsentwurf ausdrücklich ausgeschlossen wird, sollen die bei Henschel angewandten Methoden auch zukünftig möglich sein. Und schließlich bekommen Jugendvertreter nach dem Willen der Regierung auch keinen wirksamen Kündigungsschutz. Deshalb muß dieser Entwurf von uns gemeinsam bekämpft werden.“

Der Kreisjugendausschuß des DGB in Kassel hat sich inzwischen für entsprechende Aktionen ausgesprochen.

„Giesecke stand schon lange auf der Abschußliste“

Daß Peter Giesecke nicht allein steht, zeigte sich schon einen Tag nach seinem Rauschmiß. Die SDAJ verteilte Flugblätter an die Henschel-Kollegen.

„Die Konzernleitung hat Angst“, hieß es darin. „Angst davor, daß die Arbeiter und Angestellten selbst ihre ohnehin wenigen Rechte wahrnehmen, Angst davor, daß sie erkennen, daß wir in einer Gesellschaft leben, in der die Reichen immer reicher werden, was mit dem Abbau der ohnehin

wenigen Rechte der Arbeiter und Angestellten einhergeht. Daß sie erkennen, daß sämtliche Folgen wirtschaftlicher Krisen auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden.“

Als die Flugblattverteiler auch einem Werkschützer ein Exemplar in die Hand drückten, war dessen lakonische Antwort: „Der Giesecke? Ach, der stand doch schon lange auf der Abschußliste.“

Womit er zweifellos Recht hatte. Peter war von Vorgesetzten des öfteren angegriffen worden, weil ihnen seine Jugendvertreter-tätigkeit ein Dorn im Auge war. So hatte er dafür gekämpft, daß entsprechend dem Berufsbildungsgesetz auch die Henschel-Lehrlinge ihr Berichtsheft während der Arbeitszeit schreiben dürfen. Er hatte sogar mit einem Prozeß gedroht. Daraufhin gestattete die Firma, daß nun jeder zweite Bericht im Betrieb zu Papier gebracht wird.

Alle Lehrlinge stehen zu Peter

Scharf war der Jugendvertreter auch dagegen gegangen, daß die Henschel-Lehrlinge laufend mit Fließbandarbeiten beschäftigt werden, obwohl die Firma keine Genehmigung der Gewerbeaufsicht hat.

Die Henschel-Lehrlinge stehen zu ihrem Jugendvertreter. Eine Protestresolution wurde von allen Lehrlingen unterzeichnet. Der Text: „Wir protestieren gegen die fristlose Entlassung unseres gewählten Jugendvertreters und fordern seine sofortige Wiedereinstellung.“

Mit einer breiten Solidarität im Rücken wird Peter den Henschel-Bossen am 3. November vor dem Arbeitsgericht gegenüber-treten.

Röderberg-Verlag

6 Frankfurt, Schumannstr. 56
Prospekte – Bestellungen

Widerstandsliteratur

Erhard Frommhold (Herausgeber) Kunst im Widerstand

Malerei, Grafik, Plastik 1922–1945 Vorwort von Ernst Niekisch
636 Abbildungen, davon 52 mehrfarbig, 584 Seiten, Format 24x30 cm.
Ganzleinen mit Schutzumschlag, im Schuber, DM 78,—

Literatur und Widerstand

Anthologie europäischer Poesie und Prosa, mit Kurzbiographien der Autoren aus 20 europäischen Ländern
800 Seiten, Leinen, DM 29,80

Gerda Zorn

Stadt im Widerstand

Berichte über den Widerstand in Hannover 160 Seiten, brosch., DM 7,—

Reimund Schnabel

Die Frommen in der Hölle

- Geistliche im KZ Dachau -
Im Anhang eine Namensliste sämtlicher inhaftierter Priester
333 Seiten, Ganzleinen, DM 17,20





Berufsbildung: Alles im Eimer!

Nürnberger Bundesanstalt gibt Bankrott der Berufsausbildung zu

Die Zeitungen erschienen Anfang September mit Schlagzeilen wie: „Berufsausbildung verschlechtert“ und „Chancen für Lehrlinge weiter gesunken“. Was Gewerkschaften und Arbeiterjugendverbände seit Jahren aussprechen und was Lehrlinge tagtäglich zu spüren bekommen, wurde durch eine Studie der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bestätigt: „Im Gegensatz zu allen anderen Bereichen des Bildungswesens sind Jugendliche bei der betrieblichen Ausbildung auf die Ausbildungsmöglichkeiten angewiesen, die von den Wirtschaftsbetrieben in der Umgebung des Wohnortes angeboten werden.“ Das Angebot richtet sich also nach den Interessen der Unternehmer, nicht nach den Anforderungen der Jugend, deren Recht auf freie Berufswahl und

Bildung davon abhängt, ob man in St. Ingbert/Saar oder Hamburg wohnt, ob der nächstliegende industrielle Großbetrieb überhaupt Lehrlinge beschäftigt oder ob er darauf wartet, aus dem Handwerk und den Mittelbetrieben ausgebildete Hilfsarbeiter zugeführt zu bekommen. Jahrelang hat die Nürnberger Bundesanstalt an dem fatalen Bild vom „König Lehrling“ mitgezeichnet, der unter einem Überangebot an Lehrstellen das Geeignete souverän auswählen kann. Heute muß diese Bundesanstalt eingestehen (allerdings unter Protest der Konzernherren, die in ihrem KND-Informationssdienst „Polemik“ schrien): Dieses „Überangebot“ komme zustande im Bereich von Fahrzeugreparatur, Feinmechanik, Einzelhandel, Dienstleistungshandwerken, Steuerberatung

und ähnlichen Berufen, wo der Pferdefuß „Ausnutzung der Lehrlinge als billige Hilfsarbeiter“ nur allzu deutlich hervorlugt. Auf den Tag genau zwei Jahre, nachdem mit großem Getöse in Bonn ein „Berufsbildungsgesetz“ in Kraft gesetzt worden ist, kommt jetzt aus Nürnberg die Bankrotterklärung der bundesdeutschen Berufsbildung. Das Berufsbildungsgesetz vom 1. September 1969 erfüllt nicht einmal die Forderungen der Gewerkschaften von 1919, es dient den Profitinteressen des Großkapitals – das stellte die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen damals fest.

Die in der Studie aufgezeigte Misere könnte behoben werden, wenn die Kosten der Berufsbildung durch jene getragen würden, die auch den Nutzen aus dieser Ausbildung ziehen: die Großkonzerne. Zu fordern sind eine Ausbildungsverpflichtung der Großindustrie und von den Unternehmern finanzierte überbetriebliche Ausbildungsstätten, wobei jede Berufsbildung unter öffentlicher Kon-

trolle der Betroffenen und ihrer Organisationen (DGB) zu erfolgen hat. Die Lehrlingsentlohnung muß so hoch sein, daß sie familienunabhängig macht, so daß der Lehrling auch an einem anderen Ort einen Ausbildungsplatz annehmen kann. Alle diese Forderungen sind nicht verwirklicht. Daher die Misere. Und daher ist es auch richtig, was die „Westdeutsche Allgemeine“ nach der Veröffentlichung der Nürnberger Studie feststellte: „Wenn die Gesellschaft die Lehrlingsausbildung privaten Unternehmen überläßt, darf sie sich nicht wundern, daß die Interessen der Unternehmen die Ausbildungschancen begrenzen.“

Der Profit darf nicht länger Struktur, Umfang und Inhalt der Berufsbildung bestimmen, sondern die sozialen und demokratischen Zukunftsinteressen der Jugend müssen dafür ausschlaggebend sein. Daher muß der Kampf um Mitbestimmung der Arbeiterjugend und um ein neues Berufsbildungsgesetz, das ausschließlich den Interessen der Jugend dient, verstärkt fortgesetzt werden.

Ulrich Sander

Betriebsverfassungsgesetz:

Nein zum Regierungsentwurf!

Wir haben von Anfang an gesagt: Dieser Gesetzentwurf ist ein Maßanzug für Profitgeier. In der letzten elan-Ausgabe brachten wir Stellungnahmen von Arbeiterjugendfunktionären. Hier sind weitere Meinungen.

Helga Scheerer, Dortmund, Bezirksjugendleiterin der IG Druck und Papier

Dieser Entwurf ist reaktionär!

Um es gleich vorwegzunehmen: Der Regierungsentwurf für ein neues BetrVG erfüllt keineswegs die Forderungen der arbeitenden Jugend. Das wurde auf allen Betriebsversammlungen, gewerkschaftlichen Tagungen und Konferenzen zum Ausdruck gebracht.

In der Novelle wird z.B. nicht die Forderung nach einem wirklichen Kündigungsschutz ver-

wirklicht. Dadurch können auch weiterhin unliebsame Jugendvertreter (besonders nach Lehrabschluß) entlassen werden.

Mit diesem Entwurf bleibt in den Betrieben alles beim alten. Das neue BetrVG ist nach dem Geschmack der Unternehmer: Ihre Stellung in den Betrieben wird gefestigt, und für die arbeitende Bevölkerung springt nichts heraus.

Mitbestimmung für die Arbeiter und Zurückdrängung der Macht der Herrschenden bleibt weiterhin eine Forderung.

Auf allen gewerkschaftlichen Tagungen und Konferenzen in den letzten Monaten wurde die

Forderung laut, diesem reaktionären Regierungsentwurf den Kampf anzusagen. Es wurden Beschlüsse gefaßt, in denen ein Sternmarsch auf Bonn, Aktionen auf Bezirks- und Ortsebene gefordert wurden.

Der DGB verhielt sich ruhig. Dann fiel die Entscheidung des Bundesjugendausschusses des DGB: Die geplante Jugendvertreterkonferenz und die Kundgebung in Bonn finden nicht statt.

Aber ich meine, daß es für uns weiterhin Veranlassung gibt, gegen den geplanten Regierungsentwurf zu protestieren.

Das kann überall dort geschehen, wo jugendliche Arbeiter und Lehrlinge zusammenkommen. Im Betrieb, auf gewerkschaftlichen Tagungen und Konferenzen.

Wir müssen Stellung nehmen in unseren Lehrlings- und Betriebszeitungen. Wir müssen weiterhin Aufklärung schaffen durch Informationsstände und Kundgebungen. In den gewerkschaftlichen Organen und in allen Publikationen müssen wir zum Ausdruck bringen, daß dieser Regierungsentwurf arbeitfeindlich und reaktionär ist.

Hans-Herbert Gutz, Bremerhaven, Jugendvertreter, Ortsvorsitzender der DAG-Jugend

Nicht länger verschaukeln lassen

Nach dem Regierungsentwurf ist die Jugendvertretung auf das Wohlwollen des Betriebsrates angewiesen.

Nur mit Einverständnis des Betriebsrates kann sie zusammen treten. Nur dann, wenn in einer Betriebsratssitzung Angelegenheiten behandelt werden, die überwiegend jugendliche Arbeiter und Angestellte betreffen. Die Forderungen der arbeitenden Jugend werden in keiner Weise berücksichtigt. Deshalb müssen wir unsere Gewerkschaften auffordern, stärker als bisher gegen dieses Gesetz anzugehen. Die Forderung nach einem Sternmarsch auf Bonn, die auf der Arbeiterjugendkonferenz in Recklinghausen aufgestellt wurde, ist eine gute Sache. Dieser Sternmarsch würde zeigen, daß sich die arbeitende Jugend nicht länger verschaukeln läßt.

Herrn Winklers Argumente

Polizei sollte Verleihung des „Goldenen Vorhängeschlosses“ in Velbert verhindern

Neun Lehrlinge beschäftigt das Autohaus Winkler, Ford-Haupthändler in Velbert. Kürzlich ereignete sich in der dortigen Werkstatt folgender Unfall: Ein Lehrling wurde angewiesen, unter einem Fahrzeug sauber zu machen. Kurz zuvor hatte dort ein Geselle einige Liter Benzin verschüttet. Der Lehrling, der nie mit den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften bekanntgemacht worden war, brach infolge des Einatmens der giftigen Dämpfe ohnmächtig zusammen.

Das war für die Velberter SDAJler der Anlaß, beim Autohaus Winkler nachzubohren. Und sie stachen in ein Wespennest: „Fortgeschrittene“ Lehrlinge werden einem Gesellen zugeordnet, der im Leistungslohn steht. Somit sind auch die Lehrlinge dem Leistungsdruck unterworfen; für die Ausbildung bleibt keine Zeit, und die Zusatzprofite steckt sich der Unternehmer in die Tasche. Ausbildungsfremde Tätigkeiten sind an der Tagesordnung. So hat z.B. ein regelmäßig einge-

teilter „Wochendienst“ für die Reinhaltung der Toiletten zu sorgen.

Die Velberter SDAJler kamen zu der Auffassung: Auto-Winkler ist reif für ein Goldenes Vorhängeschloß des elan. Am Freitag, dem 17. September, mittags um zwei Uhr, sollte es verliehen werden. So standen sie nun vor der Firma und begehrten, Herrn Winkler zu sprechen. Doch statt seiner kam – die Polizei. Die jungen Leute hätten Herrn Winklers Gelände sofort zu verlassen. Gedroht wurde mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Dazu der Kommentar eines der „Hausfriedensbrecher“: „Auch durch den Einsatz der Polizei wird Herr Winkler nicht mehr verhindern können, daß seine Ausbeutungspraktiken aufgedeckt werden und die Lehrlinge sich dagegen wehren.“ Wolfgang Bartels



Goldenes Vorhängeschloß:

„Der Lehrling – ein halbes Kind“

elan-Auszeichnung für Joseph Wild, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks anläßlich seines 70. Geburtstages

Als Joseph Wild geboren wurde, hatten wir noch einen Kaiser und ein Handwerk, dem goldener Boden nachgesagt wurde. Doch die seither vergangenen 70 Jahre machen sich bei Wild nicht bemerkbar – er denkt auch heute in den Kategorien der Jahrhundertwende. So z.B. über seine Lehrlinge:

„Wenn einer mit 14 Jahren in die Lehre kommt, dann ist er

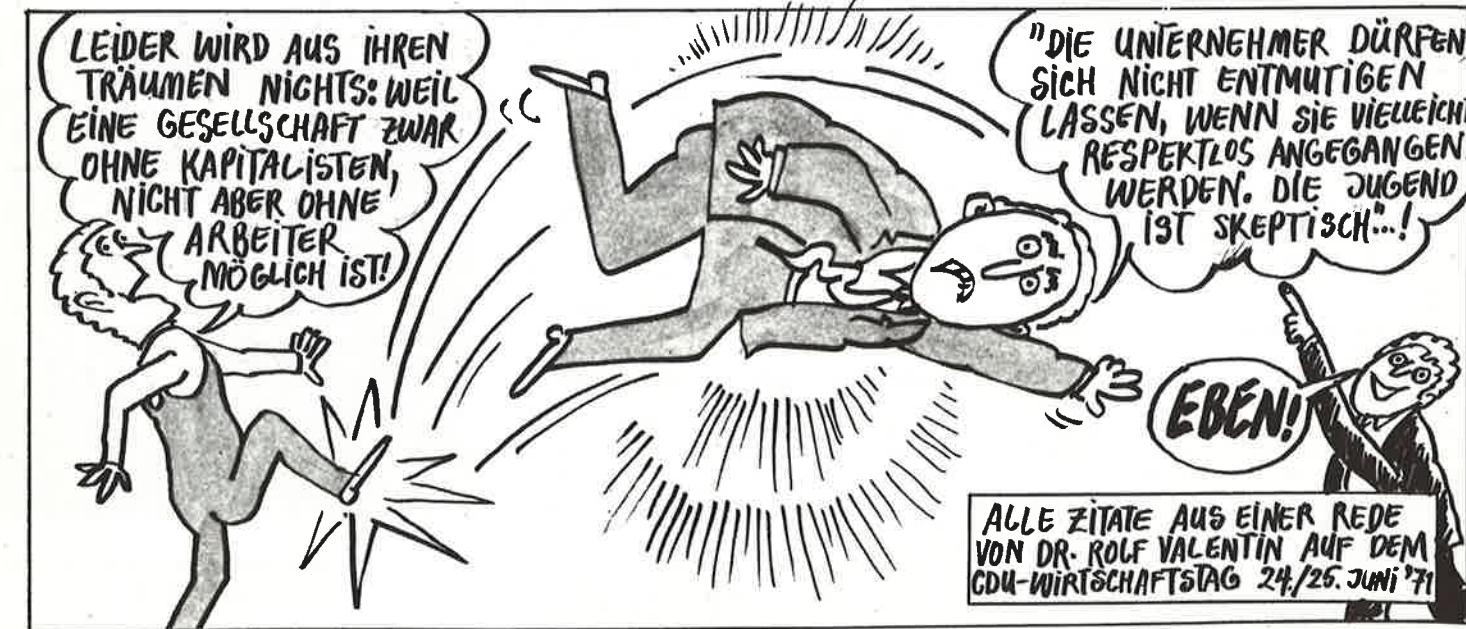
noch ein halbes Kind. Dann kann man den Lehrling – jetzt kommt der Erziehungsgesichtspunkt – nicht wie einen Herrn behandeln und sagen: So, mein lieber Herr Lehrling, Du darfst nur die oder jene Arbeit machen. Da fallen eine ganze Reihe von Hilfsarbeiten an, der Boden muß gefegt werden, das Werkzeug muß weggeräumt werden, soll der Herr Lehrling das nicht auch machen?“

Seinen Lehrlingen sagt Joseph Wild: „Ihr müßt nicht immer denselben rausschicken, das müßt Ihr unter Euch irgendwie abwechseln lassen. Wie sollen die Leute sonst zu ihrem Bier kommen?“ Jetzt ist Joseph Wild sogar zu einem Glückwunschtelegramm von Bundespräsident Heinemann gekommen: „Mit Ihrer Person und Ihrem Werdegang sind Sie ein hervorragender Vertreter dieses Berufszweiges... Ihre Freunde haben Sie oft das ‚fortschrittliche Gewissen‘ des deutschen Handwerks genannt.“

Auch elan möchte sich diesen Glückwünschen anschließen. In Anbetracht seiner Verdienste um eine von „fortschrittlichem Gewissen“ geprägte Lehrlingsausbildung erhält Joseph Wild anläßlich seines 70. Geburtstages das Goldene Vorhängeschloß.

DER WUNSCH-TRAUM

VON AR NO PL 00 ©



Jugendkongreß in Bremen:
Anklage gegen Imperialismus

2500 in Mini, Jeans und Uniform: „Solidarität!“

Der große Zeltbau auf der Bremer Bürgerweide platzte fast aus allen Nähten: 1200 Jugendliche waren zum „Solidaritätskongreß gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg“ erwartet worden, gekommen waren schließlich 2500. Begrüßungsworte in bayerisch oder Hamburger Slang, dazwischen die Gitarrenakkorde einer Band aus Kassel. Auf engstem Raum drängten sich Cordjeans und Bundeswehrhosen, Sonne knallte aufs Zeltdach, Zigarettenrauch ballte sich zu dichten Wolken. Und um kurz nach zehn tauchte das Gerücht auf, daß erstmals eine Jugenddelegation aus Südvietsnam in die BRD einreisen durfte.

Eine gute halbe Stunde später war das schon kein Gerücht mehr. Dieter Gautier, Landesvorsitzender der SDAJ Bremen, trat ans Mikrofon, um die Delegationen aus dem Ausland zu begrüßen. Begeistert empfangen wurden der Vizepräsident des Internationalen Studentenbundes und Vertreter demokratischer und sozialistischer Jugendorganisationen aus der Sowjetunion, der DDR, Bulgarien, der CSSR und Polen, aus Finnland, Dänemark und von illegal kämpfenden Organisationen Griechenlands. Und als dann noch eine Delegation der „Jugend für die Befreiung Südvietsnams“ vorgestellt wurde, war die Stimmung der zweieinhalb Tausend zum ersten Mal auf dem Höhepunkt.

Geld für eine Kinderklinik

Jürgen Büscher, stellvertretender Bundesvorsitzender des Marxistischen Studentenbundes Spartakus, und der stellvertretende SDAJ-Vorsitzende Wolfgang Gehrcke steckten den Kongreßverlauf mit ihren Einleitungsreferaten thematisch ab. Während der schnurrbärtige Spartakist aus Mainz eine kurze Einschätzung der internationalen Kräfteverhältnisse lieferte und die gegenwärtige geschichtliche Epoche als die des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus charakterisierte, beschrieb der stellvertretende Vorsitzende der SDAJ die konkreten Aufgaben der Jugend der Bundesrepublik in diesem historischen Prozeß. Büscher: „Obwohl der Imperialismus überall in der Welt auf die Grenzen seiner Macht stößt, wissen wir, daß zum Kampf gegen diese Ausbeuterordnung ein langer Atem notwendig ist – wir haben ihn!“ Wolfgang Gehrcke versicherte den Gästen aus dem Süden Vietnams: „Wir werden alles in unseren Kräften Stehende unternehmen, um die Komplizenschaft Bonns mit dem US-Imperialismus zu bekämpfen. Wir werden unsere Solidaritätsaktionen

verstärken und insbesondere die Sammlung zur Errichtung des Kinderkrankenhauses Nguyen von Troi in Hanoi in den Mittelpunkt unserer Tätigkeit stellen.“

Freiheit für Holger Krull!

Unter dem Beifall der Kongreßteilnehmer betonte Wolfgang Gehrcke, daß die Jugend der BRD – der imperialistischen Hauptmacht in Europa – eine besondere Verantwortung im Kampf um den Frieden trage. Die wirksamste Solidarität mit den um ihre Befreiung ringenden Völkern könne dadurch geleistet werden, daß die demokratische und entspannungsfeindliche Herrschaft der Monopole eingeschränkt und überwunden werde.

„Wir müssen dazu die Solidarität aller Ausgebeuteten, aller Arbeiter, Bauern, Lehrer, Wissenschaftler und Beamten herstellen, aller Menschen, die von den Monopolvereinigungen und ihrem Staat nichts Gutes zu erwarten haben.“

Wie diese Solidarität in der Praxis aussehen kann, das hatten die 500 Kongreßteilnehmer aus Nordrhein-Westfalen bereits am frühen Morgen des 11. September gezeigt. Sie hatten ihre Fahrt nach Bremen in Wildeshausen unterbrochen und waren mit Fahnen, Transparenten und der zweiten Ausgabe der Soldatenzeitung „Links Um“ vor die Wittekind-Kaserne gezogen, um Freiheit für den inhaftierten „Soldat 70“-Unterzeichner Holger Krull zu fordern.

Arbeiter und Studenten gemeinsam

Die Solidarität aller Ausgebeuteten herstellen – der Bremer Kongreß war sicherlich ein Meilenstein auf diesem Weg; denn noch nie fand ein antiimperialistischer Jugendkongreß in der BRD eine solch breite Unterstützung.

Den ersten Aufruf hatten SDAJ und Spartakus herausgegeben. Binnen weniger Wochen schlossen sich zahlreiche Gewerk-



Gemeinsam gegen Imperialismus: Arbeiter, Schüler, Soldaten.



Erstmals in der BRD: Die Delegation aus Südvietsnam.



Der Bremer Senat verweigerte öffentliche Säle: Der Kongreß wurde auch im Zelt ein Erfolg.



„Schluß mit dem Meinungsterror!“ Die 500 in Wildeshausen für Holger Krull.



Kongreßteilnehmer aus NRW demonstrierten

schafts- und Jugendfunktionäre an. So der Betriebsratsvorsitzende der Klöckner-Hütte, der stellvertretende Vorsitzende des Bremer Stadtjugendrings und über 100 Betriebsjugendvertreter. Der Kreisjugendausschuß des DGB Bremen schickte telegrafische Grüße. Weiter unterzeichneten der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), die Studentenvertretungen von 16 Hochschulen – so die Ästen der Ingenieurschule Gummersbach und der Höheren Fachschule für Sozialarbeit in Frankfurt –, die Landesverbände Saar, Baden, Rheinland und Bremen der Naturfreundejugend und 19 wehrpflichtige Soldaten aus Stadt Allendorf. Diese Breite war eine der Grundlagen für den großen Erfolg des Kongresses.

„Wir klagen die Rüstungshaie an...“

Vier Arbeitsgemeinschaften sollten neue Kenntnisse über das Wesen und die Erscheinungsformen des Imperialismus vermitteln und zugleich dazu dienen, die politischen Forderungen der arbeitenden und lernenden Jugend auf Grund ihrer gemeinsamen Interessen zu vereinheitlichen. „Das Monopolkapital – Feind der Jugend“ lautete das Thema der ersten, über Grunderfordernisse einer echten Friedenspolitik beriet die zweite Gruppe.

„Europäische Sicherheit kann es nur geben“, stellte dort Gisela Holzmüller, Landesjugendleiterin der Naturfreundejugend Rheinland fest, „wenn die BRD die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert, wenn sie vorbehaltlos und sofort die DDR völkerrechtlich anerkennt.“ Eine solche Außenpolitik müsse ihre Entsprechung im Innern finden: im Abbau des Antikommunismus, im Verbot der NPD und aller anderen neonazistischen Umtriebe.

Mathis Oberhof, Anfang September gefeuerter Jugendvertreter aus München, hielt das Hauptreferat in der Arbeitsgruppe III, die sich mit dem Militarismus beschäftigte.

„Wir klagen die Rüstungshaie der BRD des Verbrechens der Torpedierung der Entspannungsbemühungen in Europa an. Wir klagen sie an als Verantwortliche dafür, daß zuwenig Geld vorhanden ist für ein zukunftsorientiertes Bildungssystem.“

Offiziere aus den Schulen raus!

Es folgte eine dreistündige Debatte, in der auch zehn Soldaten ans Mikrofon traten. Sie forderten verstärkte Aktionen gegen die militaristische Verseuchung der Schuljugend durch Offiziers-Besuche und reaktionäre Lehrbücher und eine bessere Unterstützung für den Kampf in der Kaserne. Besonders wichtig sei die regelmäßige Verbreitung antimilitaristischer Schriften – vor allem von „Links Um“ – vor Kasernen und, an den vierteljährlichen Einberufungstagen, vor den Bahnhöfen.

Höhepunkt des Kongresses wurde die Abschlusssitzung im überfüllten Zeltbau: Immer wieder von begeisterten Sprechchören unterbrochen bedankten sich die Vertreter der „Jugend für die Befreiung Südvietsnams“ für die wertvolle materielle und moralische Hilfe aus der BRD.

Und dann ging es auf die Straße: Hunderte von Bremer Bürgern schlossen sich einem mächtigen Fackelzug an. An der Spitze, unter roten Fahnen, mehr als ein Dutzend Soldaten, über den ganzen Zug verstreut zwölf Songgruppen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Immer neue Sprechchöre: „Amis raus aus Vietnam!“, „DDR anerkennen!“, „Baut weniger Kanonen – wir wollen besser wohnen!“

Die massenwirksame Verbreitung dieser Forderungen in den Heimorten der Kongreßteilnehmer hat begonnen. Allen voran schritten die Jugendvertreter der Bremer Seebeck-Werft: Sie verabschiedeten bereits Anfang September eine Resolution für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau (siehe „Blätter“).

Reinhard Junge



WO DER SCHUH DRÜCKT...

44 Thesen für die Praxis oder
Aus der Arbeit einer
DKP-Kreisorganisation

Noch etwas müde vom frühmorgendlichen Flugblatteinsatz vor den Wuppertaler Herberts-Werken sitzt er mir gegenüber: Jürgen Schuh. Seine „technischen Daten“: 28 Jahre alt, verheiratet, technischer Zeichner, erste politische Tätigkeit in der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Gründungsmitglied der

„In der Einleitung zu unserem Thesenentwurf“, so beginnt Jürgen, „ist die Rede von gesellschaftlichen Konflikten, mit denen sich die arbeitenden Menschen in unserem Land zunehmend konfrontiert sehen. Selbstverständlich gilt das auch für unsere Stadt. Viele Beispiele beweisen das. Und in all diesen Konflikten zeigen wir, daß unsere Partei auf der Seite der arbeitenden Bevölkerung steht.“

Erfolge für Mieter

Mit der Darlegung der Miet- und Wohnungssituation tritt Jürgen Schuh den ersten Beweis an: Nach einem Gutachten der Schweizer „Prognos AG“ fehlen in Wuppertal 49 000 Wohnungen, die Wuppertaler Statistik zählt 5644 Obdachlose, 17 000 Wohnungssuchende sind auf der Dringlichkeitsliste beim Bauförderungsamt vorgemerkt. Und viele Familien, denen es glückte, eine Sozialwohnung zu bekommen, sehen ihre Wohnung gefährdet. So kaufte die GRUNDAG AG im Wuppertaler Stadtteil Heckinghausen mit öffentlichen Mitteln geförderte Sozialwohnungen auf und bot den Mietern diese Wohnungen zum Kauf an: Zum Preis von je zirka 90 000 DM. Eine schnell gebildete Bürgerinitiative der betroffenen Mieter, in der Kommunisten aktiv mitarbeiteten, zwang die GRUNDAG zur Rücknahme dieses unverschämten Ansinnens. An anderer Stelle, am Domagkweg, gelang es einer Mieterinteressengemeinschaft, umfangreiche Mieterhöhungen abzuwenden. Infolge der Finanzmisere unserer Städte gehört heute zu fast jeder Großstadt-Chronik eine Aktion „Roter Punkt“. Auch an Wuppertal ging diese Bewegung nicht vorbei. Die Stadtverwaltung beschloß Preiserhöhungen für Wasser, Gas, Strom und für den Nahverkehr. Die Wuppertaler Bürger wehrten sich energisch gegen diese Angriffe auf ihre Geldbeutel; die Kommunisten fand

SDAJ, hat inzwischen mehrere Verfahren und rechtskräftige Verurteilungen wegen seiner politischen Tätigkeit hinter sich. Hobbies: Lesen, Theater, Schallplatten, Zelten. Die Heimatstadt hat er mit Friedrich Engels gemeinsam. Und auch die Weltanschauung. Jürgen Schuh ist Kreisvorsitzender der Deutschen

man bei diesen Aktionen in den ersten Reihen. Doch diesmal gelang es noch nicht, die Preiserhöhungen abzuwehren. Der Kampf geht weiter. Den Einfallsreichtum der Wuppertaler DKP demonstriert Jürgen Schuh auch an einem anderen Beispiel: Seit Jahren befindet sich ein Kinderspielplatz an der Weidenstraße in einem unzumutbaren Zustand. Spiel- und Klettergeräte sind defekt und verrostet, die Sandkästen gleichen Kehrriehaufen, und die Sitzbänke sind demontiert. Nach jahrelangen Protesten der Anwohner sah sich die Stadtverwaltung genötigt, die Katze aus dem Sack zu lassen: Das Gelände wurde an den Shell-Konzern verkauft, der dort eine Tankstelle errichten will. Jürgen Schuh: „Hier zeigt sich wieder einmal augenfällig, wie leichtfertig die berechtigten Interessen der Bevölkerung den Profitinteressen des Großkapitals untergeordnet werden.“

„Spielplätze kontra Großkapital“

Doch damit will er sich nicht abfinden. Für die Wuppertaler Kommunisten heißt die Losung jetzt: „Spielplätze kontra Großkapital“. Und an einem Samstagvormittag im September begannen sie zusammen mit vielen Anwohnern, den Spielplatz instandzusetzen. Das Ziel ist: Erhaltung des Spielplatzes und der Grünanlagen. Auf der einen Seite also Not an Wohnungen, Schulen und sozialen Einrichtungen. Andererseits soll im Wuppertaler Süden jetzt eine große Militärbasis der Bundeswehr eingerichtet werden. Eines der schönsten Wuppertaler Naherholungsgebiete soll Militärflugplätzen und Panzerrollbahnen zum Opfer fallen. Die Wuppertaler werden sich gegen diese Pläne wehren. Und Jürgen Schuh verweist auf die Thesen, in denen Vorschläge zu einer konsequenten Friedens- und Entspannungspolitik gemacht werden, die bei ihrer Realisierung jeden Truppenübungsplatz

Kommunistischen Partei in Wuppertal. Deswegen bin ich hier. Wie arbeitet die DKP „vor Ort“, welche Bedeutung hat der kürzlich vorgelegte Thesenentwurf der DKP hier „an der Basis“, wie bereiten die Wuppertaler den Parteitag der DKP vor? Diese Fragen sollte mir Jürgen Schuh beantworten.

überflüssig machen würden: „Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und konstruktive Beiträge der Bundesrepublik für eine europäische Sicherheitskonferenz wären wichtige Etappen auf diesem Weg.“ Solche Vorstellungen verbreiten die Kommunisten unter den Wuppertaler Bürgern. So wurden am Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages binnen weniger Stunden 1300 Unterschriften für die schnelle Ratifizierung der Verträge gesammelt.

Kein Platz für SS-Museum

„Der Kampf für Frieden und Entspannung erfordert aber auch den Kampf gegen alle friedensfeindlichen Kräfte.“ Jürgen Schuh kann auch hier Erfolge aufzählen. Neben Aktionen gegen NPD und Strauß verweist er besonders auf die Tatsache, daß bis zum heutigen Tage die Eröffnung eines als „private Sammlung“ getarnten SS-Museums verhindert werden konnte. Wir kommen zu einem anderen Thema: „Seit einigen Wochen läuft schon die Tarfbewegung in der Metallindustrie. Auch hier gibt uns der Thesenentwurf für unsere Arbeit eine wichtige Orientierung. Mit der Feststellung: „Mit der Konzertierte Aktion und staatlichen Lohnleitlinien greift der Staat heute unmittelbar in die Lohn- und Tarfaufinandersetzungen zugunsten des Großkapitals ein“, treffen die Thesen den Nagel auf den Kopf.“ In vielen Flugblättern und Betriebszeitungen werden die Metallarbeiter über den Stand der Tarfaufensetzung informiert. Jürgen Schuh: „Nach den unbefriedigenden Forderungen der Tarifkommissionen gilt es, wenigstens diese jetzt voll und ohne Abstriche durchzusetzen.“ Dabei werden die Kommunisten sicher eine Rolle spielen: Als aktive Gewerkschafter genießen sie einen guten Ruf bei ihren Kollegen in den Betrieben.

6000 DM für DKP-Parteitag

Wie entwickelt sich aber die Parteiorganisation? Im Thesenentwurf heißt es: „Im Interesse der Arbeiterklasse ist eine starke DKP notwendig, stark an Mitgliedern, stark durch ihre Verankerung in den Betrieben, stark durch ihren Einfluß in der Arbeiterklasse und der Jugend, stark durch ihre zukunftsweisende Theorie.“ Für die Wuppertaler Kommunisten ist die Stärkung der DKP die wichtigste Aufgabe. So beschlossen die Delegierten der zwölf Stadtteilgruppen, der drei Betriebsgruppen und der Hochschulgruppe auf der Kreisdelegiertenkonferenz im Juni dieses Jahres, bis zum

Parteitag die Mitgliederzahl um 20 Prozent zu steigern, 20 Prozent neue Leser für die UZ zu werben und 6000 DM Spenden für die Vorbereitung des Parteitages zu sammeln. Drei Monate nach diesem Beschluß ist das Ziel schon fast erreicht. Jürgen Schuh: „Nach der SPD ist in Wuppertal die DKP die mitgliederstärkste Partei.“

Mit seinen 28 Jahren ist Jürgen Schuh einer der jüngsten Kreisvorsitzenden der DKP. Daraufhin angesprochen, meint er: „Das ist nichts. Besonders, unsere Vorstände sind außerordentlich jung. Zum Beispiel ist der Vorsitzende der Stadtteilgruppe Oberbarmen-Langerfeld erst 19 Jahre alt. In den Thesen heißt es: „Es gilt, das Gesicht der

Partei noch stärker der Jugend zuzuwenden.“ Und das werden wir tun. Ein „Arbeitskreis junger Kommunisten“ beschäftigt sich mit den Jugendproblemen in unserer Stadt, und keine Betriebszeitung wird mehr erscheinen, ohne Jugendprobleme zu berücksichtigen.“ Kein Wunder, daß in allen Jugendhäusern der Stadt die Kommunisten bekannte Gäste als oft eingeladene Referenten bei Jugend- und Studentengruppen sind.

Ein aufschlußreicher Vormittag in Wuppertal: Wo der Schuh drückt – und mit ihm seine Genossen –, da klemmt's einigen Herren gehörig die Zehen.

Wolfgang Bartels



Links: Anti-Strauß-Aktion im Landtagswahlkampf.

Oben: Wuppertaler Kommunisten tragen NRW-Wissenschaftsminister Rau ihre Forderungen vor.

Unten: Wuppertaler Kommunisten ehren am Abend des 150. Geburtstages von Friedrich Engels den berühmten Sohn ihrer Stadt.



Die mit Niederlagen so gesegnete Gegenwart der USA wurde in den Märztagen dieses Jahres um eine weitere Schlappe reicher: In Washington stürzte das erste Überschall-Passagierflugzeug der USA ab. Es gab weder Tote noch Verwundete. Denn das Milliardenprojekt SST wurde bereits im Planungsstadium abgeblockt. . .

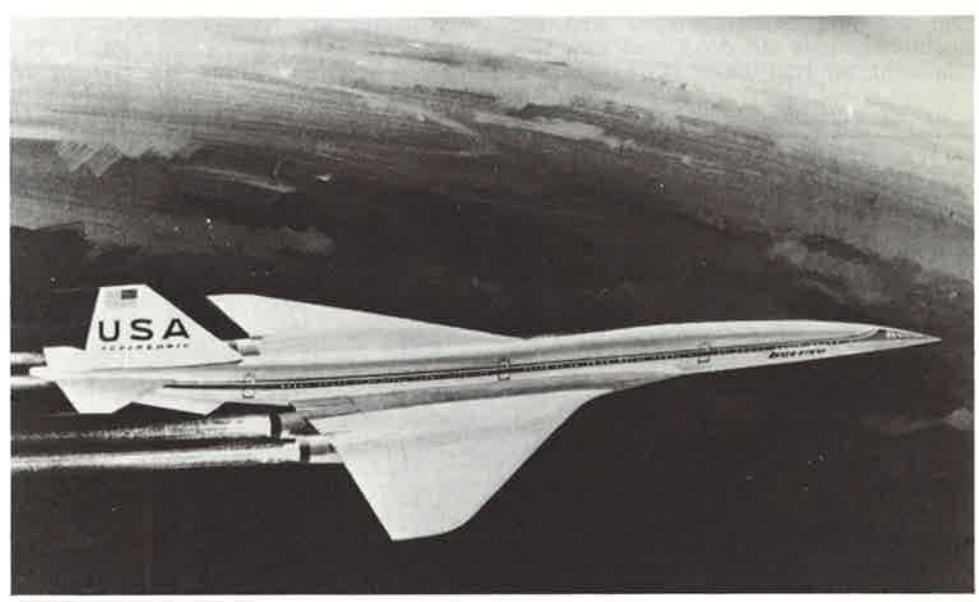
ABSTURZ VOR DEM ERSTEN START

Von Dieter Wende und Werner Winter

„Für die Amerikaner bedeutet das erste sowjetische Überschallverkehrsflugzeug keine Konkurrenz“, hieß es noch vor zwei Jahren in der Fachzeitschrift „Interavia“; denn: die USA werden „die erste Generation des Überschallverkehrsflugzeuges überspringen und dem Luftverkehr das technologisch modernste Produkt liefern wollen.“ Das war im Jahre 1969. Inzwischen hat die von dem berühmten sowjetischen Konstrukteur Tupolew und seinem Team konstruierte TU 144 das Erprobungsstadium erfolgreich überstanden. Die Serienproduktion läuft an. Und die einstmals im Luftverkehr führenden USA werden sich Überschall-Jets im Ausland kaufen müssen. Was hat sie dazu bewogen, das Projekt SST einzustellen?

Gigantische Pläne

Begonnen hatte alles im Jahre 1963. In den USA wurde ein Ideenwettbewerb für ein Überschall-Verkehrsflugzeug der siebziger und frühen achtziger Jahre ausgeschrieben. Den Auftrag erhielt schließlich, dank der allgegenwärtigen Lobby, der US-Flugzeug-Gigant Boeing, dessen Düsen-Liner 707, 727 und „Jumbo“ von fast allen großen westlichen Flugzeuggesellschaften geflogen werden.



Das von Boeing geplante Passagierflugzeug sollte dreifache Schallgeschwindigkeit erreichen: New York – Frankfurt in drei, Paris – Moskau in weniger als zwei Stunden. 313 Personen sollten pro Flug befördert werden – mehr als in jedem anderen herkömmlichen Zivilflugzeug der Welt. Ebenso gigantisch waren die Summen, die für die Entwicklung und Erprobung der SST („Super-Sonic-Transport“ – Überschall-Verkehr) vorgesehen waren: vier Milliarden Dollar – das entspricht dem halben Rüstungshaushalt der Bundesrepublik in diesem Jahr – von der ersten Zeichnung bis zum Beginn der Serienproduktion. 80 Prozent der Entwicklungskosten wollten die USA dem Steuerzahler aufbürden, vom Verbleib des Profits wurde diskret geschwiegen.

Wahlkampfschlager SST

Jahrelang wurde mit dem SST-Projekt Politik gemacht. Bereits 1965 erlitten das Selbstbewußtsein und die Profiterwartungen der Boeing Company und einiger Zuliefererfirmen den ersten Knacks: Unter dem Eindruck der bereits damals außerordentlichen Kosten des Vietnam-Krieges wurde das SST-Projekt zusammengestrichen: Statt von 313 Passagieren war nur noch von 234 die Rede, statt der startgünstigen

Schwenkflügelautomatik wurde nun den herkömmlichen Delta-Flügeln der Vorzug gegeben. 1968 geriet aber auch die kleinere Version des SST-Projektes Boeing 2707 in den Sog der Vietnam-Inflation: Zum ersten Mal war es unsicher, ob überhaupt etwas von den Höhenflug-Plänen übrigbleiben würde. Da griff der damalige Kandidat für den Präsidentensessel in Washington, Richard Nixon, in die öffentliche Diskussion ein: Ich werde, versprach er, dafür sorgen, daß dieses Flugzeug gebaut wird. Solches Selbstbewußtsein imponierte der Boeing Company und dem gesamten militärisch-industriellen Komplex der USA. Sie druckten Nixon-Wahlplakate mit dem Spruch: „Ohne SST werden die USA eine zweitrangige Macht.“ Und kaum war Nixon als gewählter Präsident in sein Amt eingeführt, da beauftragte er einen Sonderausschuß des Senats, das SST-Projekt auf seine finanzielle Zukunft prüfen zu lassen.

Düsenjäger haben Vorrang

Zwei Jahre dauerte es, bis dieser Ausschuß unter der Leitung des Staatssekretärs Beggs empfahl, das Projekt einzustellen. Die gewaltigen Kriegskosten in Indochina hatten die Dollar-Inflation aus dem Schleich-

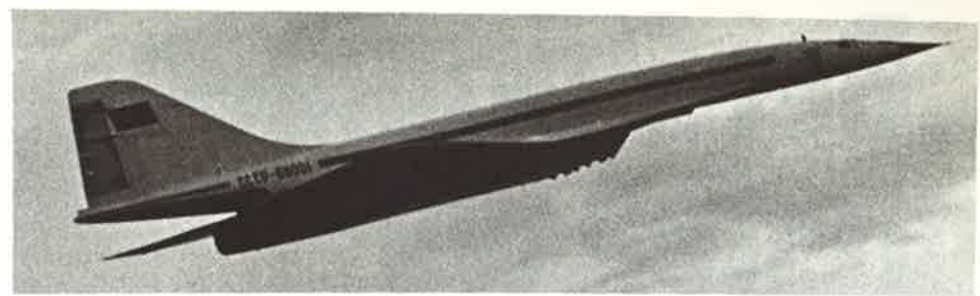
Links und links unten: Modell des SST-Projektes: Bau eingestellt wegen Indochinakrieg – unten: Professor Tupolew, Konstrukteur der sowjetischen TU 144 – rechts: Die TU 144 im Flug – rechts unten: Die TU 144 bei der Landung.



schritt in den Galopp versetzt. Und überall im zivilen Sektor wurden Einsparungen vorgenommen: im Schul- und Städtebau, im Gesundheitswesen – und auch das SST-Projekt verschwand von der Liste. Doch wer nun erwartet, die Flugzeugkonzerne der USA wären in einen Proteststurm ausgebrochen, der irrt; denn die Rüstungsaufträge blieben unangetastet. So lief bei Mc Donnell-Douglas die Produktion des F-15 Jägers an, der die F-4 „Phantom“ ablösen soll, die in den nächsten Jahren an die Bundeswehr abgeschoben wird. Kostenpunkt: Zehn Milliarden Dollar. Weitere acht Milliarden kostet das Projekt des Marine-Jägers F-14. Und noch einmal zwölf Milliarden – immer noch Dollars! – wird die Entwicklung des B1-A kosten, der Nachfolgegeneration des strategischen B-52 Bombers. Die US-Luftfahrtindustrie hat also keinen Grund zur Klage.

Ausrede: Die Trauben sind zu sauer!

Statt aber nun offen zuzugeben, daß das SST-Projekt am Vietnam-Krieg gescheitert ist, verfällt die US-Propaganda auf einen alten Trick, den schon der griechische Fabeldichter Aesop entlarvt hat: Bei Aesop nämlich taucht ein Fuchs auf, der vergeblich nach einem Büschel Weintrauben springt, sie wegen ihrer Höhe nicht errei-



chen kann und also geringschätzig sagt: Die waren sowieso zu sauer. Im Falle der abgestürzten SST sieht das nun so aus: Überschallflugzeuge, so hieß es, seien unwirtschaftlich, erhöhten die Luftverschmutzung und würden die internationalen Fluglinien, die ohnehin schon überlastet seien, zu stark belasten. Und dann folgte sogleich die Attacke auf die sowjetische TU 144: Man könne überhaupt nicht verstehen, aus welchen Gründen die UdSSR sich noch einen solchen Ballast auflade. Das könne doch wohl nur an dem übersteigerten Prestige-Denken der „Russen“ liegen. . .

TU 144: Billiger und schneller

Professor Tupolew wurde kürzlich von Journalisten über diesen Fragenkomplex interviewt. So sagte er über die Wirtschaftlichkeit der TU 144, deren Erprobung mit fünf Serienmaschinen fortgesetzt wird: „Wenn wir die Geschwindigkeit gegenüber herkömmlichen Maschinen auf etwa das Dreifache erhöhen, können wir mit einer TU 144 drei Maschinen mit der alten Geschwindigkeit ersetzen. Also wird der Einsatz eines Flugzeuges billiger, ungeachtet seiner größeren Kompliziertheit und Kosten.“ 2300 Kilometer wird die TU 144 später im

Liniendienst pro Stunde zurücklegen – das ist fast das Dreifache der Geschwindigkeit jener ebenfalls von Tupolew entworfenen TU 104, mit der 1956 das Düsenzeitalter im zivilen Luftverkehr eröffnet wurde. Die Flugzeit Moskau – Berlin wird mit ihr auf knapp 35 Minuten zusammenschrumpfen. Luftverschmutzung? Auch hier weiß Tupolew, daß sein Team ganze Arbeit geleistet hat: „Das hängt sehr stark von der Qualität der Motoren ab, davon, wie sie in der Lage sind, die Rückstände zu verbrennen. Ich sehe nicht solche Abgaswolken über unserem Himmel hängen, wie das bei der ‚Concorde‘ der Fall sein soll.“ „Concorde“ – das ist das britisch-französische Gemeinschaftsprojekt eines Überschalljets, von dem auch noch nicht sicher ist, ob es jemals in die Serienproduktion geht: Ständig neue Mängel und Terminverschiebungen in der Entwicklung haben die großen Luftverkehrsgesellschaften bisher davon abgehalten, dieses Flugzeug im Voraus zu bestellen. So wird es geschehen können, daß in wenigen Jahren – im Zeitalter des Überschallflugverkehrs – die TU 144 einen Siegeszug rund um die Welt antritt. Weil sie technisch ausgereifter ist als die „Concorde“ und in einem Land produziert wird, in dem zivile, friedliche Projekte nicht ständig in der Gefahr stehen, zugunsten von Düsenjägern abgeblasen zu werden.

„Bei Störungen greifen wir automatisch ein“

Die Bundeswehr im Einsatz

In dem kleinen Kreisstädtchen Bergisch Gladbach in der Nähe von Köln präsentierte kürzlich die Bundeswehr ihre Wanderausstellung „Unser Heer“, die neunzehnte ihrer Art. Ausgerüstet mit einem Werbeetat von 1 Million Mark für diese Wanderschau geht „unsere Bundeswehr“ auf Bauernfang: mit billiger Erbsensuppe aus der Feldküche, Marschmusik und einem Hubschrauberfreiflug für jeden

Der Erfolg der Wanderausstellung: Seit Mai zählte sie bereits 253 426 Besucher. Und damit auch der Nachwuchs erfaßt werde, hat Hauptmann Rüdiger Saldsieder in den Schulen geworben. So wurde die Propagandaschau bisher von 589 Schulklassen mit 15 380 Schülern besucht. Für die Kinder sind die ausgestellten Waffen, besonders die Panzer eindrucksvoll. Ihnen soll die Technik imponieren, nach dem Sinn und Zweck der Waffen sollen sie nicht fragen.

Und so wurde es auch beim Bergisch Gladbacher Militärspektakel gern gesehen, wenn derart viele Kinder auf den Panzern herumkletterten, daß sie fast herunterfielen. Als jedoch ein Kindergarten in das zur Panzerführung abgesperrte Gelände einmarschierte, wurde Hauptmann Saldsieder böse. Zornig forderte er über Lautsprecher auf: „Verlassen Sie die Absperrung. Das ist doch wohl das Letzte!“ Sein Zorn ist verständlich. Schließlich ließen diese Eltern ihre Kinder nicht manipulieren und von der Bundeswehr mißbrauchen. Anstatt auf Panzern zu turnen, hatten die Kinder Transparente malen dürfen, die sie nun umhängen hatten: „Viel Geld verschlingt die Bundeswehr, für Kindergärten bleibt nichts mehr.“ oder „Bensberger Kindergemeinschaft e.V. pfeift auf diese Heeresschau.“

Der von Trillerpfeifen untermalte Auftritt der Kinder paßte nicht ins Konzept der Militärs. Für sie war diese Demonstration „geschmacklos“. Die Eltern – so dieselben Offiziere, die zuvor Kinder als Ergänzung ihrer Panzerschau eingesetzt hatten – mißbrauchten die Kinder zu politischen Zwecken. Die Kinder könnten schließlich

Dreißigsten werden die Besucher gelockt. Gekommen waren in Bergisch Gladbach aber auch junge Leute, die nicht nur wissen wollten, wie schnell die gezeigten Panzer fahren können, sondern auch danach fragten, wohin und mit welchem Zweck die Militaristen diesen Panzer fahren lassen wollen. Die Antwort war Prügel durch die Feldjäger. Ein Demonstrant berichtet:

nicht denken und wußten gar nicht, was der Text auf den Schildern bedeute. Daß die Kinder auf den Panzern nicht über den Einsatz und die Vernichtungswirkung dieser Waffen aufgeklärt wurden, war für die Propagandaoffiziere eine Selbstverständlichkeit. Denn Diskussionen waren vom Kommandeur der Ausstellung, Oberstleutnant Böcher, verboten worden. Wer mehr wissen wollte, als die technischen Daten der Panzer, wer nach Sinn und Zweck dieser Waffen fragte, erhielt Platzverbot. Während lief Böcher über den Platz und suchte Diskutanten. Hatte er einen erwischt, schrie er seinen Feldjägern zu: „Weg mit ihm!“

„Wer ohne meine Erlaubnis singen will, verstößt gegen die Gesetze von Sitte und Anstand.“

Ein junger Mann mit Gitarre wurde vom Platz gewiesen, noch ehe er ein Wort gesungen hatte. Für Böcher genügte der Anblick der Gitarre: „Bänkelsänger haben hier nichts zu suchen. Was hier veranstaltet wird, bestimme ich und niemand anders. Wer ohne meine Erlaubnis singen will, versteht nicht die Gesetze von Sitte und Anstand.“

Die Ausstellung „Unser Heer“ will laut Prospekt „verständlich machen, daß Verteidigung notwendig ist, um in Freiheit leben und arbeiten zu können. Sie will Vorurteile ausräumen helfen, dazu beitragen, falsche Vorstellungen und Mißverständnisse zu beseitigen“. Diskussionen aber waren für den Chef der Ausstellung



Oben: Dem „Kölner-Stadt-Anzeiger“-Reporter Erich Völkert wird demonstriert, wie „Unser Heer“ arbeitet. – Gegen den Terror der Feldjäger wandten sich Gladbacher Bürger in einem Flugblatt: „Was haben wir im Ernstfall von einer Armee zu erwarten, deren Führer selbst bei geringsten Anlässen so völlig die Nerven verlieren? Diese Schlägertrupps sind nicht willkommen!“

Unten: Militaristische Werbeschau: Wer Fragen stellte . . .

Links: . . . bekam Prügel und Tritte. Die Antwort der Antimilitaristen: 500 Unterschriften für die Ratifizierung der Moskauer und Warschauer Verträge wurden gesammelt.

Unten: Bevor „Unser Heer“ in Bergisch-Gladbach zuschlug, hatten die Mannen um Oberstleutnant Röcher auch in Bad Kreuznach ihre schlagkräftigen Argumente zur Hand. Die Prügeltournee geht jetzt durch Nordrhein-Westfalen.

„eine Störung des Dienstbetriebes“. Böcher: „Unser Auftrag ist Information der Bevölkerung, nicht Diskussion.“ Wer aber Abrüstung forderte, mußte sich von Böcher belehren lassen: „Wenn wir abrüsten würden, würden wir den Staat verkaufen.“

Und wer wissen wollte, wieso die Bundeswehr die Freiheit verteidige und – wessen Freiheit, der wurde vom Platz geschickt. Flugblattverteilen auf dem Platz war verboten. General Roos, der Eröffnungsredner, hatte die „Meinungsfreiheit in der pluralistischen Gesellschaft“ gelobt. Was Militaristen darunter verstehen, wurde in Bergisch Gladbach demonstriert.

„Verschwinde oder ich schlag dich tot.“

Weil die anwesenden Mitglieder der „Deutschen Friedensgesellschaft – Internationale der Kriegsdienstgegner“ und der SDAJ die einseitige Bundeswehr-Propaganda nicht tatenlos hinnehmen wollten, bildeten sie einen Sprechchor. Sie wollten nicht wissen, wie schnell der „Leopard“ fährt, wieviel er wiegt, wie lang und wie hoch er ist. Sie wollten Informationen, Auskunft allerdings über wichtige Einzelheiten, wie etwa die Vernichtungswirkung der Geschosse. Doch schon die erste Frage der Demonstranten an den Major am Mikrophon wurde nicht mit Worten, sondern mit Prügel beantwortet. Während die Gruppe rief: „Was kostet der Panzer?“ stürzte eine Feldjäger-Meute auf sie zu, riß einzelne Demonstranten aus der Menge, schlug auf sie ein und drängte sie vom Platz. Dies alles ohne vorherige Aufforderung, den Platz zu verlassen. Einem Reporter des „Kölner Stadt-Anzeiger“ drohte ein Feldjäger: „Verschwinde oder ich schlag dich tot.“ Der dabeistehende Oberstleutnant aber wollte nichts gehört haben und schob die Verantwortung für den Feldjäger-Einsatz beiseite: „Niemand hat den Einsatzbefehl gegeben. Bei Störungen greifen die Feldjäger automatisch ein.“

Wiederum automatisch offenbar, angeblich aber im Auftrag der Polizei und als Vollzugsbeamte der Staatsanwaltschaft, brachen die Schläger von der Feldjägertruppe die nächste Prügelei vom Zaun. Die Demonstranten hatten sich längst auf den Fußweg vor dem Ausstellungsbereich zurückgezogen. Hier hätte nur die Polizei – wenn überhaupt – eingreifen dürfen. Die Bundeswehr störte das nicht. Zuerst fielen die Feldjäger über die Pressevertreter her und drängten sie beiseite, um als nächstes den Demonstranten das ihnen offenbar mißfallende Transparent: „Sicherheit durch Abrüstung“ zu entreißen. Wieder wurden einzelne Demonstranten aus der Menge gerissen, geprügelt, getreten und auf die verkehrsreiche Straße gestoßen.

„Ein Feldjäger packte mich im Genick und an den Haaren und trat mich.“

Nicht einmal Kinder verschonten die Schläger. Der 14jährige Michael Gerlach berichtet über sein Erlebnis an diesem Tag: „Ich wollte eine Plastiktüte, in der Flugblätter und leere Flaschen waren, über den

Platz tragen. Ein Soldat ergriff mich und wollte mich zum Oberstleutnant bringen. Ein Feldjäger kam, packte mich im Genick und an den Haaren und trat mich.“ Wenn die Bundeswehr Propaganda macht, braucht sie die Öffentlichkeit. Die Presse wurde vom Oberstleutnant persönlich eingeladen, die Einladung war mit einem Hubschrauberfreiflug verbunden. Auch beim Sekttempfang für die geladenen Gäste durfte die Presse dabei sein. Wenn die Bundeswehr aber die Maske fallen läßt und ihr wahres Gesicht zeigt, dann ist ihr die Öffentlichkeit unangenehm. Nicht umsonst haben die Feldjäger ein Verhalten an den Tag gelegt wie lichtscheues Gesindel.

Der Reporter, dem zuvor schon Totschlag angedroht wurde und der die Festnahme von Michael Gerlach fotografieren wollte, wurde von drei Feldjägern überfallen, sogleich hinter einen Lastwagen gezerzt und dann an den Haaren über den Asphalt geschleift. Dazu schlugen und traten die Feldjäger auf ihn ein. Die Polizei, die inzwischen hinzugekommen war, schaute ungerührt zu. Sie schaute immer noch zu, als die mit „Sieg Heil“ und „Faschisten“-Rufen reagierende Demonstrantenmenge erneut außerhalb des militärischen Bereichs verprügelt wurde.

„Einen herzlichen Trunk auf die Wehrmacht.“

So wie in Bergisch Gladbach sieht es aus, wenn die Bundeswehr „Recht und Freiheit des deutschen Volkes“ schützt. Wenn die Polizei das ungesetzliche Treiben der Schlägerbrigaden in Uniform duldet, dann wird es nicht mehr lange dauern, bis die Generäle, die schon Hitler dienten, bestimmen, was Recht und Freiheit ist. Schon bestimmt Oberstleutnant Böcher die Grenzen der Pressefreiheit. Als ihm die Fragen der Journalisten zu kritisch wurden, erteilte er ihnen Platzverbot und antwortete auf den Protest: „Sie sind für mich genauso wenig Öffentlichkeit wie jeder andere auch.“

Dem Offizier fehlten offenbar die Argumente. Als Demonstranten ihm ein Mikrophon hinhielten, damit er sich zu den Vorfällen für alle verständlich über Megaphon äußern konnte, da zeigte der Oberstleutnant, der zuvor immer von Sitte, Anstand und demokratischen Spielregeln geredet hatte, wenig Verständnis für Demokratie. Vielleicht, weil die Demonstranten mehr von den demokratischen Spielregeln verstanden als er. Der Oberstleutnant drohte: „Nehmen Sie das Ding da weg, sonst tue ich es!“ Daraufhin riß er das Mikrophon ab, schlug auf Diskutanten ein und entfernte sich. Anschließend weigerte sich Böcher, das Mikrophon herauszugeben und Schadenersatz zu leisten. Der Besitzer des Magaphons hat deshalb Strafanzeige wegen Sachbeschädigung und Diebstahl gestellt.

Bergisch Gladbach ist kein Einzelfall. Diese Bundeswehr ist besessen vom Geist der Nazi-Generalität. Sie schützt Recht und Freiheit nicht, sondern bedroht sie. In diesem Sinne konnte schon der Trinkspruch des Gladbacher Bürgermeisters Fröling beim Empfang der Ehrengäste verstanden werden: „Einen herzlichen Trunk auf die Wehrmacht.“

Wolfgang Schwandler

UND JETZT: AB- RÜSTUNG!

Ulrich Sander

Wenn die Ereignisse sich überschlagen – wenn gestern die vier Botschafter über Westberlin einig werden und heute Willy Brandt zusammen mit Leonid Breschnew im Schwarzen Meer schwimmen geht und die beiden außerdem noch ein Kommuniqué zustande bringen, das für die friedliche Entwicklung unseres Kontinents hoffen läßt – dann versuche ich gern, mir einen Überblick zu verschaffen, wie es dazu kam. Da blättere ich in alten Ausgaben unserer Zeitschrift. Genau vor zehn Jahren, im Oktoberheft 1961 – damals hatte gerade die DDR den kalten und heißen Kriegen durch entsprechende Maßnahmen klargemacht, wo die Grenzen sind, und die UdSSR hatte den US-Imperialisten gezeigt, daß auch sie über schlagkräftige Waffen verfügt –, hieß es im Leitartikel: „Nur durch Verhandlungen können die Probleme unserer Zeit und unseres Landes gelöst werden. Verhandlungen, deren Ziel die Beseitigung der Ursachen für die heutige Kriegsgefahr sein muß.“

Es ist immer eine Genugtuung festzustellen, daß „elan“ zu den Zeitschriften gehört, die sich treu bleiben und ihre Meinungen nicht zu revidieren haben. Ganz im Gegensatz zu jenen Blättern, die Tonnen von Druckerschwärze gegen die Realitäten geschleudert haben und die sozialistischen Länder durch Riesenschwärme selbstfabrizierter Zeitungs-Enten gar zu gerne zugekackt hätten.

Die Druckerschwärze ist vertrocknet, die Enten sind gestorben: Verhandlungen waren und sind erfolgreich! Die sozialistischen Länder, die anti-imperialistischen Kräfte in aller Welt und auch in unserem Lande haben sie erzwungen. Der Moskauer Vertrag, der Warschauer Vertrag, das Vierseitige Abkommen über Westberlin, der Brandt-Besuch auf der Krim – das sind Ergebnisse einer Politik, die von der Sowjetunion eingeleitet wurde und allen dient, die am Frieden interessiert sind und von ihm Nutzen haben. Das heißt: den zweiten Weltkrieg konnte man nicht nachträglich am Verhandlungstisch gewinnen, die DDR nicht liquidieren, Westberlin nicht widerrechtlich in den Bund einverleiben, die Oder-Neiße-Grenze nicht beseitigen, die sozialistische Ordnung der CSSR nicht aus den Angeln heben – und was immer man noch plante. Man kann aber Grundlagen für den Frieden schaffen. Das ist jetzt geschehen.

Die Grundlagen sind also vorhanden – nutzen wir sie. Dazu gehört die Ratifizierung der Verträge, die Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in der UNO und die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, auf der ein dauerhaftes Sicherheitssystem für unseren Kontinent begründet wird. Und dazu gehört, daß der NATO-Vertrag gekündigt wird, daß abgerüstet wird.

Es ist doch ein Widersinn sondergleichen, ja ein Verbrechen an unserem Volk, wenn wir weiterhin Opfer bringen müssen für eine sinnlose Rüstung. 2,4 Milliarden DM mehr will Helmut Schmidt für die Bundeswehr einsacken, zur Freude der Rüstungsindustrie. Der Rüstungsetat hat einen Rekordumfang von über 24 Milliarden DM erreicht, die Zahl der einberufenen Wehrpflichtigen soll erhöht werden. Und das in dem Jahr, wo sich die Verträge auszuwirken beginnen! Die Sowjetunion hat Vorschläge für die Abrüstung und für Truppenreduzierung gemacht. Sie müssen genutzt werden. Gegen den „wahnsinnigen Rüstungswettlauf“ wettete der „elan“ im Oktober 1961. Diese Losung gilt noch! Die 2,4 Milliarden, die die Rüstungshaie von uns haben wollen, sollen wir durch Lohnverzicht, höhere Steuern und höhere Preise aufbringen. Das hätten sie gern.

So wird der Kampf um höhere Löhne und niedrige Preise, den die Metallarbeiter jetzt führen, zu einem Beitrag um Frieden in Europa. Und der Kampf um Frieden und Abrüstung kann sich unmittelbar in der Lohntüte auswirken. Weil es um Sicherheit – in jeder Hinsicht – geht, müssen die Verträge und Verhandlungsergebnisse genutzt und realisiert werden. Zum Beispiel durch Abrüstung.

jugendpolitische blätter

WBDJ tagte in Chile

Interview mit R.-J. Priemer – 10. Festival in der DDR

Die vom „Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ)“ eingeleitete anti-imperialistische Kampagne hat auch auf dem amerikanischen Kontinent zu verstärkten Aktivitäten geführt. 10 000 Jugendliche beteiligten sich am 26. August an einem Meeting in Havanna, auf dem auch Fidel Castro sprach. Am 31. August begann in Santiago de Chile ein Treffen der Jugend Latein- und Nordamerikas zur Solidarität mit den Völkern Indochinas. elan sprach mit dem SDAJ-Vorsitzenden Rolf-Jürgen Priemer, der in jenen Tagen über Moskau nach Kuba und Chile reiste und auf seiner Reise mit Fidel Castro, Luis Corvalan (1. Sekretär der KP Chiles) und dem chilenischen Präsidenten Salvador Allende zusammentraf.

elan: Die Presse sprach von einer kleinen Weltreise, von der Du nach vier Wochen Dauer am 16. September zurückgekommen bist. Welche Veranstaltungen hast Du besucht, was waren die wichtigsten Ergebnisse der auf ihnen geführten Gespräche?

Priemer: Nach dem Meeting auf Kuba habe ich an dem gesamtamerikanischen Treffen in Santiago teilgenommen, auf dem 58 Jugendorganisationen vertreten waren, die darüber berieten, wie die Jugend ihres Kontinents ihre Solidaritätsaktionen noch verstärken kann.

Am 4. September fand eine Großkundgebung zum Jahrestag des Wahlsieges der Unidad Popular statt, auf der Präsident Allende sprach, und einen Tag später konnte ich die Genossen des Kommunistischen Jugendverbandes Chiles zum 39. Gründungstag ihrer Organisation beglückwünschen. Mit 40 000 Mitgliedern ist er der stärkste chilenische Jugendverband. Darüber hinaus hatte ich Gelegenheit, mit Arbeitern und Bauern, Studenten und anderen Jugendlichen zu sprechen. Besonders beeindruckt hat mich ein Besuch in der größten Kupfermine der Welt, in „El Teniente“. Die Kumpels dieses Bergwerks haben die US-amerikanischen Ausbeuter zum Teufel gejagt und ihrer Regierung ge-

holfen, diese Mine am 11. Juli dieses Jahres zu verstaatlichen. Zu den größten Erlebnissen gehörten zweifellos auch die Begegnungen und Gespräche mit solchen Revolutionären wie Fidel Castro, Luis Corvalan und Salvador Allende.

elan: Vom 6. bis 9. September tagte in der chilenischen Hafenstadt Valparaiso das Exekutivkomitee des WBDJ, dem auch die SDAJ angehört. Was sind die wichtigsten Ergebnisse dieser Beratung?

Priemer: Das Exekutivkomitee hat beschlossen, die Solidaritätsaktionen mit den Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha, für den bedingungslosen Abzug der US-Aggressionstruppen weiter zu verstärken. Hierbei sollen neue Schichten der Jugend in die aktive Solidarität mit einbezogen werden. Schwerpunkt wird die weltweite Sammlung für das Kinderkrankenhaus bei Hanoi sein, für das 500 000 Dollar gesammelt werden sollen. Die SDAJ hat zu diesem Zweck Spendenschecks herausgegeben und ein Solidaritätskonto (Post-scheckkonto Essen 186 584) eingerichtet.



R. J. Priemer sprach mit Dr. Allende

4 000 DM sind als erste Rate der SDAJ-Spenden bereits übergeben worden. Unsere Solidarität gilt auch der Friedensbewegung in den USA. Besonders die Kampagne zur Rettung unserer Genossin Angela Davis muß verstärkt werden. Die SDAJ hat deshalb Angela Davis Schwester Fania eingeladen, im Oktober die Bundesrepublik zu besuchen.

Darüber hinaus wird im Herbst nächsten Jahres in Moskau der erste Weltkongreß der werktätigen Jugend stattfinden – er steht allen offen, die sich für eine Verbesserung der Lage der jungen Arbeiter einsetzen.

elan: Wie wurde der Vorschlag der Freien Deutschen Jugend aufgenommen, die 10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Sommer 1973 in Berlin, der Hauptstadt der DDR, zu veranstalten?

Priemer: Die Mitgliedsorganisationen des WBDJ haben diesen Vorschlag einmütig begrüßt. Das 10. Festival wird zweifellos ein Höhepunkt der Kampagne „Jugend klagt den Imperialismus an“ werden, es wird im Zeichen der Solidarität mit den Völkern Indochinas stehen. Darüber hinaus ist die Wahl der Hauptstadt der DDR zum Festi-

valort als ein Zeichen der Solidarität der fortschrittlichen Jugend mit dem Kampf um die völkerrechtliche Anerkennung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden, für seine gleichberechtigte Aufnahme in die UNO anzusehen.

Die SDAJ wird in der Vorbereitung des Festivals – es steht allen Jugendlichen und Organisationen offen, die seine Grundidee unterstützen – den Kampf für eine Friedenssicherung in Europa, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR verstärken und alles tun, um den Festivalgedanken zu popularisieren.

Wir sind sicher: In der Vorbereitung der 10. Weltfestspiele wird die internationale antiimperialistische Jugendbewegung einen weiteren Aufschwung nehmen. Aus diesem Grunde unterstützt die SDAJ den bulgarischen Vorschlag, das Internationale Vorbereitungskomitee der Weltfestspiele – die SDAJ gehört dem IVK über den „Arbeitskreis Festival“ der BRD an – möglichst bald in Sofia zusammentreten zu lassen.

elan: Vom 2. bis 5. Dezember wird in Florenz eine gesamteuropäische Jugendkonferenz für Frieden und Sicherheit stattfinden. Wer hat dazu aufgerufen und wie steht die SDAJ dazu?

Priemer: Wir halten die Dezemberkonferenz in Florenz für einen wichtigen Beitrag im Kampf für die Sicherung des Friedens, für Abrüstung, für die Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und gegen Faschismus und Kriegspolitik. Die Konferenz wurde von den bedeutendsten christlichen, demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Jugendverbänden Italiens einberufen und besitzt damit eine breite Basis und Ausstrahlungskraft.

elan: Wie bereitet die SDAJ sich vor?

Priemer: Die SDAJ führt den Kampf um den Frieden innerhalb der Bundesrepublik mit ganz konkreten Forderungen. Wir wehren uns dagegen, daß die Regierung auf der einen Seite zwar Gewaltvertragsverträge unterzeichnet, auf der anderen aber die Rüstungskosten laufend weiter erhöht. Wir halten es für widersprüchlich, wenn man einerseits von Entspannungspolitik spricht, aber andererseits nichts tut, um den Antikommunismus und Militarismus in Schule, Bundeswehr und in der gesamten Gesellschaft zurückzudrängen. Wir treten dafür ein, daß dem ersten Schritt zur Entspannung die notwendigen weiteren folgen.

In diesem Sinne werden wir uns sowohl am Plenum in Florenz als auch an den Vorbereitungsgesprächen beteiligen. Wir sind davon überzeugt, daß die beste Hilfe für die um ihre Befreiung kämpfenden Völker der Welt immer noch der erfolgreiche Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Land ist. Eine Schwächung des Imperialismus der BRD, der mit allen Verbrechen der USA in Indochina fest verbunden ist, wird die Kampfbedingungen der antiimperialistischen Kräfte in der ganzen Welt erleichtern.

„Solidarität hilft siegen!“

Abschlußerklärung der Bundesvorstände der SDAJ und des MSB Spartakus zum Solidaritätskongreß der Jugend gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg (Bremen, 11. 9. 1971)

Der Solidaritätskongreß der Jugend gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg hat überzeugend unter Beweis gestellt, daß die demokratischen und sozialistischen Kräfte der Jugend unseres Landes erfolgreich sind, wenn sie gemeinsam den Kampf gegen die Feinde der Jugend führen. Die kämpferischen Aktionen und die Demonstrationen, die Diskussionen mit unseren ausländischen Freunden – zur Vorbereitung und bei der Durchführung des Bremer Kongresses – haben die Richtigkeit der Feststellung unterstrichen, die wir im Aufruf zum Solidaritätskongreß machten:

„In der Bundesrepublik Deutschland muß entschieden werden, ob sich hier eine Politik der Demokratie, des sozialen Fortschritts, der Abrüstung und Entspannung durchsetzt oder ob die reaktionären Kräfte des Großkapitals, die Militaristen und Faschisten diesem Land erneut ihren Stempel aufdrücken. Die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau können ein entscheidender Schritt sein, um diese Kräfte zurückzuweisen.“

Die Bundesrepublik ist neben den USA Zentrum des Imperialismus. Mit jedem

Verbrechen des Imperialismus ist dieses Land infolge der Politik der herrschenden Großkapitalisten und ihrer Parteien verbunden – durch NATO-Pakt, Devisenzahlungen an die USA, neokolonialistische Ausbeutung, antikommunistische Hetze, Wettrüsten und verschärfte Ausbeutung der eigenen Bevölkerung.“

Wenn sich unser Kongreß die Losung zu eigen machte „Die Jugend der Welt klagt den Imperialismus an“, wenn wir uns einreihen in die weltweite Bewegung des Weltbundes der Demokratischen Jugend gegen den Imperialismus, dann erkennen wir auch unsere Verantwortung vor der Jugend der Welt:

Wir kämpfen und vereinigen uns gegen unseren „Hauptfeind im eigenen Lande“, wie ihn Karl Liebknecht schon vor über 50 Jahren kennzeichnete, gegen den Imperialismus unseres Landes. **Solidarisch mit der kämpfenden Jugend aller Länder zu sein bedeutet, für folgende Ziele einzutreten:**

● Schluß mit der Unterstützung der Bundesregierung für den US-Völkermord in Indochina. Schluß mit der Hilfe Bonns für die reaktionären, kolonialistischen und faschistischen Regime.

Termine

4. bis 8. Oktober 1971

11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Dortmund

10. Oktober 1971

Wahl der Bremer Bürgerschaft

10. bis 13. Oktober 1971

9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Bad Harzburg

24. bis 30. Oktober 1971

9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg

30./31. Oktober 1971

3. Landesdelegiertenkonferenz der SDAJ NRW in Essen

6. November 1971

Lehrlingskongreß der DGB-Jugend NRW in Essen

18./19. November 1971

8. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund

24./25. November 1971

40. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings

25. bis 28. November 1971

2. Parteitag der DKP in Düsseldorf

10. Dezember 1971

Tag der Menschenrechte

11./12. Dezember 1971

Strategiekongreß der Jungsozialisten in Hannover

20. Dezember 1971

11. Jahrestag der Gründung der FNL/Südvietnam

20./21. Januar 1972

Unternehmer-Kongreß „Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft“, München.

● Schluß mit der Hochrüstung, die durch eine zehnprozentige Erhöhung des Rüstungsetats 1972 erneut vorangetrieben werden soll.

● Sofortige Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, Verwirklichung der Verträge durch Abrüstung, völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Beginn an, Unterstützung Bonns für die baldige Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz.

● Verbot der neonazistischen und revanchistischen Organisationen; Schluß mit der Unterstützung und Duldung der Deutschen Jugend des Ostens und anderer Organisationen, die die Jugend gegen die sozialistischen Länder aufhetzen wollen. Schluß mit der Militarisierung der Gesellschaft, mit Revanchehetze in Schulen und Hochschulen. Die Olympischen Spiele 1972 in München müssen im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung stattfinden.

Wir sind solidarisch mit den Völkern Indochinas. Amis raus aus Indochina! Die Bundesregierung muß die Errichtung eines Informationsbüros der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams in der BRD zulassen. Die Anstrengungen für die Spendensammlung zur Errichtung des Kinderkrankenhauses Nguyen Van Troi in Hanoi müssen erhöht werden. Spendet auf das Postscheckkonto Essen, Nr. 18 65 84.

Wir sind solidarisch mit den eingekerkerten Demokraten. Freiheit für Angela Davis!

Wir sind solidarisch mit den von Berufsverbot bedrohten Lehrern und Wissenschaftlern marxistischer Weltanschauung, wie Prof. Holzer und Karl-Heinz Henne. Schluß mit dem Antikommunismus und dem Verbot der KPD.

Wir sind solidarisch mit den Soldaten, die für ihren demokratischen antimilitaristischen Kampf im Arrest sitzen. Wir versichern ihnen, daß wir den antimilitaristischen Kampf verstärkt in Betrieben, Schulen und Kasernen führen werden.

Wir sind solidarisch mit den Metallarbeitern, die um höheren Lohn kämpfen. Schluß mit den auf Lohnstopp gerichteten Manövern von Unternehmern und Bundesregierung. Wir kämpfen für eine Berufsausbildung und Betriebsverfassung, die den Interessen der arbeitenden Menschen gerecht wird. Für Mitbestimmung in Betrieb, Schulen und Hochschulen.

Wir sind solidarisch mit dem Kampf der Studenten gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz, für eine gerechte Ausbildungsförderung der Jugend.

Wir – junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten – haben einen gemeinsamen Gegner. Gemeinsam sind wir unaufhaltsam, vertausendfacht sich unsere Kraft. Deshalb rufen wir auf, die Gemeinsamkeit der Jugend in der Aktion und in der Solidarität nach dem Solidaritätskongreß zu verstärken.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) – Bundesvorstand
Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS (MSB) – Bundesvorstand

Appell an die Arbeiterjugend Westeuropas

Betriebsjugendvertretung an alle Kollegen: Frieden in Europa erfordert unsere Aktivität

Die Betriebsjugendvertretung der Seebeck-Werft in Bremerhaven, einem Krupp-Betrieb, wendet sich an alle Jugendvertretungen von Großbetrieben Westeuropas mit dem Appell, den Kampf um europäische Sicherheit durch die Arbeiterjugend zu verstärken. Mit der Erklärung wird der Gedanke einer Konferenz europäischer Jugendorganisationen zur Festigung des Friedens auf unserem Kontinent unterstützt. Eine solche Konferenz soll im Dezember 1971 in Florenz stattfinden. (Zustimmungserklärungen zu der Initiative der Seebeck-Jugendvertreter können an Volker Einhorn, 285 Bremerhaven, Körnerstr. 29, gerichtet werden). Hier der Wortlaut der Erklärung:

In den politischen Auseinandersetzungen der heutigen Zeit geht es immer mehr um die Frage: Geht es vorwärts in eine Welt ohne Krieg, ohne Hunger, ohne Unterdrückung, oder siegen die Kräfte des Gestern, der Ausbeutung, des Militarismus oder des Faschismus? In diesen Auseinandersetzungen meldet die Jugend stärker als je zuvor ihre berechtigten Forderungen an, und auch wir sind aufgefordert, unsere Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung zu unterbreiten.

Wir wollen in einer Welt des Friedens leben. Wir setzen uns für ein Zusammenleben im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft ein. Wir streben nach sozialem Fortschritt und einer gesicherten Zukunft.

Diese gemeinsamen Ziele verbinden uns mit den fortschrittlichen Jugendlichen der anderen europäischen Länder. Mit ihnen kämpfen wir gegen alle, die an der Rüstung und Rüstungsproduktion Unmengen von Geld verdienen, gegen alle, die sich an der Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker beteiligen und jegliches friedliche Zusammenleben verhindern wollen: Gegen die Konzerne und Monopole, die aus Profitgier vor nichts zurückschrecken. Denn die Großkonzerne wollen uns nicht nur in der Bundesrepublik unsere demokratischen Rechte vorenthalten, sondern sie unterdrücken die Arbeiterjugend in allen kapitalistischen Ländern Europas. Gegen diesen gemeinsamen Feind müssen wir gemeinsam vorgehen.

Deshalb kommt es für die Jugend darauf an, verstärkt den gemeinsamen Kampf für Frieden und europäische Sicherheit zu führen. Wir setzen uns dafür ein, – daß die Verträge von Moskau und Warschau unverzüglich ratifiziert werden, – daß die in Europa bestehenden Grenzen

anerkannt werden, insbesondere, daß die DDR sofort völkerrechtlich anerkannt wird,

– daß die Bundesregierung und alle anderen europäischen Staaten praktische und konstruktive Schritte zur sofortigen Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz ohne jegliche Vorbedingungen unternehmen.

In diesem Sinne rufen wir die Jugendlichen, die in den Großkonzernen und Monopolen Europas beschäftigt sind, auf, sich dafür einzusetzen, daß noch in diesem Jahr eine Konferenz von europäischen Jugendorganisationen zur Festigung und Sicherung des Friedens und der Entspannung in Europa durchgeführt wird.



Nr. 2 der fortschrittlichen Soldatenzeitung „links um“ ist erschienen.

Sie berichtet über „Opposition in der Truppe“, den Fall Raguse, den Rüstungsboß Mommsen und die Wehrpflichtigenstudie „Soldat 70“.

Weitere Themen: Die Jane-Fonda-Story und: „Warum sie haschen und desertieren“. „Links um“ kann bestellt werden bei Ulrich Sander, 46 Dortmund, Brüderweg 16. „LU“ genießt bereits die Sympathie vieler Bundeswehrsoldaten.

Mehr Rüstung

Ungerechtigkeit trotz Wehrdienstkürzung
Von Ulrich Sander

Die Bundesregierung hat für 1973 die Kürzung des Grundwehrdienstes von 18 auf 15 Monate angekündigt.

„Kürzer dienen ist gerechter“ überschreibt der SPD-„Vorwärts“ einen Artikel über diese, Neuerung, und auch die DGB-„Welt der Arbeit“ sieht „Mehr Gerechtigkeit“. Jeder, der mit den Bundeswehrsoldaten fühlt, wird es begrüßen, wenn sie ein Vierteljahr eher vom „Bund“ loskommen.

Ein Abbau des Militarismus also? Weniger Rüstung? Mehr Gerechtigkeit? Dreimal Fehlanzeige. Militarismus und Rüstung sollen gleichzeitig mit der Kürzung der Grundwehrdienstzeit ausgebaut werden. Um elf Prozent soll 1972 der Rüstungs- etat steigen, um 2,5 Prozent mehr, als die Steigerungsrate des Bundeshaushalts ausmacht – zur Freude der Rüstungsindustriellen. Rund 400 Millionen Mark jährlich mehr beansprucht Wehrminister Helmut Schmidt allein für seine „Kürzungs“-Maßnahme, denn er will künftig mehr Soldaten und nicht weniger einberufen. Während bisher 60 Prozent der Angehörigen eines wehrpflichtigen Jahrgangs einberufen wurden, sollen es künftig 75 Prozent sein. Das sind rund ein Viertel Wehrpflichtige mehr. Es ergibt sich also: Der Ausstoß von fertigen Soldaten und damit die Reserve wird vergrößert, mehr Jugendliche als bisher sind dem unmittelbaren Zugriff der Militaristen mit ihrer menschenfeindlichen Erziehung und ihrem Drill ausgesetzt. Mehr Jugendliche als bisher werden Opfer eines ungerechten militaristischen Systems – was daran „gerecht“ sein soll, müssen uns „Vorwärts“ und „Welt der Arbeit“ erst noch einmal erläutern.

Diesen „Gerechtigkeits“-Sprüchen, die übrigens den Gewerkschaftsforderungen zur Militärpolitik und für die Abrüstung zuwiderlaufen, haben die Autoren der demokratischen Wehrpflichtigenstudie „Soldat 70“ schon vor eineinhalb Jahren die passende Antwort gegeben: „Die ‚Wehrgerechtigkeit‘, wie sie z. B. Helmut Schmidt ver-

steht, bedeutet die Ausdehnung der Ungerechtigkeit auf alle im wehrpflichtigen Alter. Wenn Schmidt und seinesgleichen den Neid der Arbeiter in Uniform auf ihre jungen Kollegen in den Betrieben züchten wollen, indem sie davon sprechen, daß ‚die einen dienen und die anderen verdienen‘, so fordern wir: Wer dient, soll auch verdienen! Denn das ist das Gesicht der Schmidt'schen ‚Gerechtigkeit‘: der junge Facharbeiter in Uniform hat bis zu 90 Prozent weniger Geld als vorher. Aber die Industriebetriebe, die ins Rüstungsgeschäft einsteigen, haben nicht nur den gleichen Profit wie andere Unternehmer, sondern sogar noch mehr.“

In dem Soldatenprogramm „Soldat 70“ wird eine Lösung des Problems gefordert, die sowohl gerecht als auch dem Frieden förderlich ist – ganz im Gegensatz zu den Plänen der Bundesregierung. Gefordert werden:

- Erhöhung des Wehrsolds auf 90 Prozent des vor der Wehrdienstzeit erreichten Bruttoeinkommens;
- Gewährleistung der demokratischen Bürgerrechte auch für Soldaten, das heißt: Grundrechte, Mitbestimmung und bessere Sozialleistungen;
- Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 12 Monate bei gleichzeitiger spürbarer Senkung der Rüstungskosten und Verminderung der Truppenstärke.

Im Zeichen der Aggressionspolitik gegen die sozialistische DDR wurde im Sommer 1961 die Grundwehrzeit auf 18 Monate erhöht. Wenn sie jetzt wieder verringert werden soll, und zwar von militaristischen Maßnahmen begleitet, so stellt dies kein Entgegenkommen der Regierung, keine „Reform“ zugunsten der Jugend dar. Echte Beiträge zur Abrüstung und zur Besserstellung der wehrpflichtigen Jugendlichen müssen erkämpft werden. Dabei bietet die Forderung nach Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau die geeignete Plattform, auf der die demokratischen und sozialistischen Kräfte der Jugend zusammenwirken können.

unsere zeit
UZ
sozialistische
volkszeitung

Dahinter stecken kluge Köpfe.



Dahinter steckt Erfahrung. Dahinter steckt die marxistische Arbeiterpartei, die DKP. In jeder Nummer der UZ: die Konzernpolitik wird entlarvt, die Situation an Schulen und Hochschulen wird durchleuchtet. Und was genau so wichtig ist: Anleitung zum Handeln für den gesellschaftlichen Fortschritt. Jede Woche.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit – für ein Jahr zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50

Unterschrift _____

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Absenden an Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg-Beeck, Pothmannstraße 12

ELAN MONATS MAGAZIN

„Stoppt den VEBA-Moloch!“

Mit Beat und Blasmusik gegen geplantes Chemiewerk
Von Wolfgang Bartels

„Ein kaptales Schwein scheidet in den Vater Rhein...“ Dieser Refrain wurde an diesem Tag fast zum Volkslied: In den Wiesen des linken Niederrheins bei Orsoy (Duisburg) hatten sich fast 2 000 Menschen eingefunden. Noch grasen hier friedlich Pferde und Kühe, noch reift hier das Korn auf den Feldern, noch ist dies das nahe Wochenendziel zahlreicher Ruhrgebietsstädter, die der Unwirtlichkeit ihres Wohnortes entfliehen wollen.

Doch schon ein Blick auf die andere Rheinseite zeigt: Drüben verdunkeln bereits seit langem die Abgase aus vielen Schornsteinen den Himmel. Dort liegt eine Raffinerie der BP, das Kaiser-Aluminium-Werk, das STEAG-Kraftwerk und die August-Thyssen-Hütte, um nur die größten zu nennen. Nun wollen die Konzerne auch das Ufer auf der anderen Seite fest in ihre Hand bekommen. Und deswegen sind die 2 000 Menschen gekommen: die VEBA plant, wo jetzt die Protesttransparente der Bürger aus der Umgebung stehen, ein Chemiewerk, dreimal so groß wie Bayer/Leverkusen. In einem bisher offiziell geheimgehaltenen Gutachten der Landesregierung wird die Aussiedlung von

vier Dörfern aus dem Dunstkreis des geplanten Chemie-giganten empfohlen. Dieses Gutachten kam zu dem Ergebnis: 1,5 Millionen Menschen drohen durch Abgase, Lärm und Gestank Gesundheitsschäden und unzumutbare Belästigungen. Tausende verlieren das einzige Naherholungsgebiet in ihrer Nähe. Zweitausend Menschen müssen ausgesiedelt werden.

Aus all diesen Gründen stößt der VEBA-Bau auf den Widerstand der Betroffenen. In den bedrohten Orten haben sich Bürgerinitiativen gebildet. Die Organisationen von Jungsozial-

sten, Falken, DGB-Jugend und Naturfreundejugend aus verschiedenen Städten des Ruhrgebietes gründeten die „Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz am Niederrhein“. Unter der Losung „Stoppt den VEBA-Moloch“ hatten sie zu dieser Protestaktion in den Rheinwiesen aufgerufen.

Neue Formen des Protestes wurden gefunden: Eine Beat- und eine Jazzband sorgten für die Demonstrantenohren und -tanzbeine, eine Bergmanns-Blaskapelle spielte für die Älteren. Die veranstaltenden Organisationen hatten einige Fässer gestiftet, so daß das Freibier

„Industrieansiedlung JA, VEBA-Chemie NEIN!“ Beat und Freibier beim Protest am Niederrhein.



zwar nicht gerade in Strömen, aber dennoch reichlich floß. Und auch die Jüngsten hatten ihr Vergnügen: Sie konnten per Luftballon Protestkarten in den ohnehin nicht mehr blauen Himmel über den Rhein steigen lassen. Zwischendurch kam jeder zu Wort, der etwas zu den Problemen sagen wollte.

Die VEBA reagierte auf ihre Weise: Sie hatte zwar keinen Vertreter zur Protestaktion geschickt. Doch kurz zuvor auf der Hauptversammlung der VEBA-Aktionäre versuchte Aufsichtsratsvorsitzender Kemper, die Betroffenen mit demagogischen Erpressungsversuchen zu ködern: Sollten Umweltsorgen den Bau des Chemiekomplexes unmöglich machen, so sei man eben gezwungen, an die Küste oder nach Übersee auszuweichen und damit würden eine Reihe zukünftiger Arbeitsplätze verlorengehen.

Doch solche Manöver sind nicht geeignet, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Die Protestaktion in den Rheinwiesen hat gezeigt, daß man nicht mehr gewillt ist, weitere Beeinträchtigungen der Umwelt hinzunehmen.

Gewiß – es zeigen sich Illusionen, zum Beispiel in der Losung „Industrieansiedlung ja – VEBA nein!“ Denn wie sollten in einem auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basierenden System Unternehmer zur Ansiedlung der sogenannten „weißen“ – also umweltfreundlichen – Industrie gezwungen werden können?

Um die Bewegung weiterzuführen, bedarf es nun der Entwicklung konkreter Forderungen, wie bei einem Bau der VEBA die Betroffenen Einfluß auf Größe, Produktion und den Einbau der notwendigen Schutzvorrichtungen nehmen können, damit eine weitere Umweltgefährdung ausgeschaltet wird.

Strauß beleidigt

**Fortsetzung des
Strauß-Guttenberg-
Tribunals im
Gerichtssaal
Von Wienand Bertram**

Der 30. Januar 1971, der 38. Jahrestag der hitlerschen Machtergreifung, war in diesem Jahr Anlaß für zahlreiche Veranstaltungen gegen Neonazismus, Faschismus, Militarismus und Rechtsgefahr. Eine dieser Veranstaltungen war das „Strauß-Guttenberg-Tribunal“ in Bonn, veranstaltet von der SDAJ, von Spartakus, den Jungdemokraten, von SHB- und Juso-Mitgliedern (siehe elan 3/71).

Strauß und Guttenberg hatten damals gekniffen: Obwohl sie eingeladen waren, wagten sie es nicht, vor dem Forum zu erscheinen. Jetzt wird die Fortsetzung des Tribunals im Gerichtssaal stattfinden. Das haben sich Strauß und Guttenberg selbst eingebrocht.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der SDAJ, Hans-Walter von Oppenkowski war damals verantwortlich an Vorbereitung und Durchführung des Tribunals beteiligt. Unter anderem hatte er für zwei Plakate verantwortlich gezeichnet, die zur Teilnahme warben und den politischen Inhalt der Anklage gegen Strauß und Guttenberg als Vertreter einer volks- und demokratiefeindlichen Politik symbolisch darstellten.

Wegen dieser Plakate stellten Strauß und Guttenberg nun einen Strafantrag gegen Hans-Walter von Oppenkowski. In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Dortmund wird behauptet: „Die in den beiden Flugblättern enthaltenen Zeichnungen, die sowohl Hakenkreuze als auch eine Abbildung des nationalsozialistischen Hitlergrußes enthalten, stellen die Verbreitung von Kennzeichen ehemaliger nationalistischer Organisationen dar... Sowohl der Bundestagsabgeordnete Dr.

Strauß als auch der Bundestagsabgeordnete Freiherr von und zu Guttenberg gehören beide einer demokratischen Partei an und können mit nationalistischen Bestrebungen nicht in Zusammenhang gebracht werden. Es besteht auch entgegen dem Eindruck, den die Plakate vermitteln wollen, keine Beziehung zwischen den beiden Bundestagsabgeordneten und der „Aktion Widerstand“.

Gerade Strauß hat auf dem Gebiet der Prozeßführung gegen seine politischen Gegner einschlägige Erfahrungen (siehe elan 4/71: „Ich kenne nur den Fall Rot!“). Schon einmal hat Strauß einen Prozeß um ein gegen ihn gerichtetes Plakat des Westberliner Karikaturisten Hachfeld geführt (siehe elan 5/61).

Hans-Walter von Oppenkowski sieht dem Prozeß gelassen entgegen: „Der politische Kampf gegen die auch von der NPD und allen revanchistischen und neonazistischen Organisationen als Führer des Rechtskartells in der BRD anerkannten Strauß und Guttenberg wird mit diesem Prozeß gegen mich seine Fortsetzung finden. Ich betrachte diesen Prozeß als eine unmittelbare Weiterführung des Strauß-Guttenberg-Tribunals in Bonn und werde alle Beschuldigungen gegen Strauß und Guttenberg zu beweisen wissen. Ich fordere Strauß und Guttenberg auf, sich entsprechend ihrer Anzeige konsequent zu verhalten und persönlich vor Gericht zu erscheinen.“

Die Verhandlung ist angesetzt für den 12. November 1971, 12 Uhr, vor der 1. Großen Strafkammer des Landgerichtes Dortmund. Strauß und Guttenberg haben einen alten Trick aller Rechten angewandt: Einen der vielen Unterzeichner und Veranstalter herauspicken und fertigmachen zum abschreckenden Beispiel. Doch das wird ihnen nicht gelingen. Damals unterzeichneten Hunderte von Jugendfunktionären den Aufruf zum Tribunal. Der Prozeß wird sicherlich für viele Anlaß sein, sich jetzt mit Hans-Walter zu solidarisieren. Ein erster Erfolg: In Bremen sprach Hans-Walter von Oppenkowski vor 5 000 Menschen. Anlaß: Strauß' mißglückter Versuch, der Bremer CDU Wahlhilfen zu geben.



Hans-Walter von Oppenkowski: „Der politische Kampf gegen die Führer des Rechtskartells wird mit diesem Prozeß seine Fortsetzung finden.“

Sonntag, 22. August 1971: Im Zuchthaus von San Quentin/USA wird ein Gefangener „auf der Flucht“ erschossen. Der Name des Gefangenen: George Jackson. Seit elf Jahren saß er bereits hinter Kerkermauern wegen eines angeblichen 70-Dollar-Raubes, der ihm nie nachgewiesen wurde. George Jackson ist während dieser Zeit bekannt geworden. Angela Davis hatte sich für seine Befreiung eingesetzt. Aus der Zuchthauszelle schrieb er Briefe, die die grausame und ungerechte Behandlung der Neger in US-Zuchthäusern anklagten, die aber auch zugleich Appelle waren an seine schwarzen und weißen Brüder, für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen. George Jackson erwartete die Wiederaufnahme seines Verfahrens, die einen Tag nach seiner Ermordung beginnen sollte. Als Hauptentlastungszeuge im Prozeß von Angela Davis wartete eine wichtige Aufgabe auf ihn. Seine Mörder kamen dem zuvor. Angela Davis trauert nicht nur um einen Mitkämpfer. Eine tiefe Liebe verband sie mit George Jackson. „Ich werde mein Bestes versuchen, meine Liebe auf eine Weise zum Ausdruck zu bringen, wie er es gewünscht hätte — durch die Entschlossenheit, noch mehr für jene Sache zu kämpfen, als deren Märtyrer nun auch George gefallen ist.“ Angela droht ein ähnliches Schicksal wie George. Freiheit für Angela Davis und alle anderen politischen Gefangenen in den USA, dieser Forderung muß jetzt aller Nachdruck verliehen werden. (Die Briefe George Jacksons sind inzwischen in deutscher Sprache erschienen: George Jackson, „In die Herzen ein Feuer“, Scherz-Verlag München, 247 S., 24,80 DM.)

Schreibender Arbeiter soll stempeln gehen

**Konzertierte Unter-
nehmeraktion gegen
Gerd Sowka?
Vom Werkkreis
Literatur der
Arbeitswelt**

Gerd Sowka, 48, Chemiefacharbeiter, 17 Jahre bei Vorwerk & Sohn in Wuppertal, 1970 durch einen Arbeitsunfall bei Vorwerk schwerbeschädigt, wurde von seiner Firma jetzt auf die Straße gesetzt. Warum? Gerd Sowka, Mitarbeiter der „Werkstatt Literatur der Arbeitswelt“ in der Volkshochschule Wuppertal, hat in einem Einakter unter dem ironischen Titel „Im Mittelpunkt steht der Mensch“ kritisch zum Problem der Arbeitsunfälle Stellung ge-

nommen: Sein Stück handelt davon, wie es durch Arbeits-hetze zu einem schweren Betriebsunfall kommt; wie dann die Rettung des Verunglückten verzögert wird, weil es der Firmenleitung mehr um die Maschine und ihren Profit als um den Menschen geht.

Anlaßlich des Kulturforums der Rhein-Ruhr-Städte „Urbs 71“ im Juni 1971 wurde Gerd Sowkas Einakter uraufgeführt. Wenige Tage später wurde Sowka von seiner Arbeit „freigestellt“. Angeblich „unentschuldigt“ hatte er an einer Kundgebung seiner Gewerkschaft, der IG Chemie, teilgenommen. Gerd Sowka leitete mit gewerkschaftlicher Rechts-hilfe ein Arbeitsgerichtsverfahren gegen Vorwerk & Sohn ein. Am 17. Juli griff Vorwerk zu weiteren Mitteln gegen den unbequemen Sowka. Ultimativ wurde ihm eine Erklärung abverlangt, wonach der Inhalt seines Einakters „keinerlei Verbindung“ zu seiner Tätigkeit als Gummiwerker in den Gummiwerken der Firma Vorwerk & Sohn“ habe.

Gerd Sowka hat im vergangenen Jahr selbst in der Firma Vorwerk einen schweren Unfall erlitten, unverschuldet. Seit der Erfahrung dieses Unfalls, der ihn zum Schwerbeschädigten machte, hat das Problem Arbeitsunfälle ihn nicht mehr ruhen lassen. Er hat über Ursachen nachgedacht, sich über Unfallstatistik u. a. informiert und schließlich das Theaterstück geschrieben. Diese Erfahrung, diesen Zusammenhang kann die Firma Vorwerk durch kein Ultimatum annullieren.

Nachdem die Wuppertaler Arbeitgeberverbände bereits vor „Urbs 71“ in Sonderrundschreiben die Mitgliedsfirmen vor den kritischen Aktivitäten progressiver Künstler und schreibender Arbeiter gewarnt hatten, ist den dort geäußerten Drohungen nun die Tat gefolgt. Der Arbeiter Sowka soll exemplarisch mundtot gemacht werden. Dieses Vorgehen der Wuppertaler Firma richtet sich nicht nur gegen Sowka, sondern unmittelbar gegen alle Arbeiter und Angestellten, die beispielsweise im „Werkkreis“ das ihnen grundgesetzlich garantierte Recht auf freie Äußerung und Verbreitung ihrer Meinung wahrzunehmen versuchen.



Holger Krull verteilt die Wehrpflichtigen-Studie „Soldat 70“: „Untergrabung der Manneszucht?“

Panzer gegen Argumente

**Arrest wegen
„Untergrabung der
Manneszucht“
Von Reinhard Junge**

Wildeshausen, am Morgen des 11. September. Der Motor eines schweren Panzers heulte auf und ließ Luft und Straßenpflaster erzittern. Diskussions-scheue Offiziere hatten ihn am Tor der Wittekindkaserne auf-fahren lassen, um die Sprech-chöre von rund 500 Demon-stranten zu überdröhnen. Doch der Ruf nach Freiheit für Hol-ger Krull und die anderen de-mokratischen Soldaten der Bundeswehr konnte nicht er-stickt werden.

Der Fallschirmjägergefreite Hol-ger Krull aus Essen, Mitglied der SDAJ und Unterzeichner der Wehrpflichtigen-Studie „Soldat 70“, saß an diesem Morgen bereits fünf Tage im Ar-rest. Er hatte, so die 4. Kammer des Karlsruher Truppendienst-gerichtes unter der Leitung des Verwaltungsdirektors Dr. Schildhauer, mit einem „Verun-glimpfungsfeldzug gegen die Bundeswehr... planmä-ßig“... „die Manneszucht zu untergraben gesucht“. Um ihn nun „mit allem Nachdruck dar-auf hinzuweisen, daß er sich zu fügen hat“, wurde er mit, be-reits vollstreckten, 14 Tagen Ausgangssperre und einer Ar-

reststrafe von gleicher Dauer bedacht. Obwohl diese Entscheidung des Truppendienstgerichtes bereits am 20. Juli ergangen und am 30. Juli schriftlich begründet worden war, begann ihre Voll-streckung erst am 6. September 71. Grund: Die Offiziere des Fallschirmjägerbataillons 272 wollten verhindern, daß Holger Krull — wie vorgesehen — am 11. September die Arbeitsgru-pe „Militarismus“ des Bremer Solidaritätskongresses der Jugend leiten konnte. Aus die-sem Grunde lehnten sie auch eine 24stündige Haftunterbre-chung für den 11. September ab; denn sie wollten den Gefrei-ten Krull ja „zur Einsicht brin-gen“.

Zu der Einsicht, daß allein Hel-mut Schmidt und seinen unde-mokratischen Truppendienstge-richten die Entscheidung über das Denken und Handeln der Soldaten überlassen ist, sollen auch noch andere Soldaten der Bundeswehr gebracht werden. ● Eine unbeschränkte (!) Sper-re des Nacht- und Wochenend-ur-laus wurde verhängt über Günter Gleising, Vertrauens-mann des 4./Fla-Bataillons 7 in 4401 Handorf/Münster; Gle-ising hatte am 1. September auf einem antimilitaristischen Ju-gendforum in Bochum demo-kratische und gewerkschaftliche Rechte für die Wehrpflichtigen gefordert.

● 21 Tage Arrest wurden am 14. September über den Gefrei-ten Michael Pfaab (35 Kassel, Graf-Haeseler-Kaserne) ver-hängt, weil er am 4. September in Kassel in Uniform an einer Antikriegs-Demonstration teil-genommen hatte. Ihnen allen gilt unsere volle Solidarität!





„Teppichhändler“ hinterm Schalter

Banken schröpfen kleine Leute mit üblen Tricks
Von Bert Holt

1969 glaubte nach einer Untersuchung des Emnid-Institutes jeder zweite Bundesdeutsche, ein Bankkredit sei für sechs bis acht Prozent Jahreszins zu haben. In der Tat: Soviel zahlte, wen die Geldverleiher als Großschuldner akzeptierten. Die Millionen Bundesbürger allerdings, die sich durch massive Werbung zu einem Kleindarlehen verlocken ließen, für Möbel- oder Autokauf, für Urlaub oder Wohnungsrenovierung, müssen das mit zehn bis 22 Prozent bezahlen. Nur wissen sie es meist nicht. Denn die Zins-Gewinnler arbeiten mit Tricks, die – so das Wirtschafts-magazin „Capital“ – „selbst für orientalische Teppichhändler neu sind“.

Dank irreführender Rechen-kunststücke und trommelnder Reklame konnte das ertrag-

men. Nur die gewerkschafts-eigene Bank für Gemeinwirt-schaft verrät schon am Schalter den Effektivzins. Bei allen an-deren Verleihern, ob angesehe-nen Großbanken oder zwielich-tigen Kreditthaien, kann – so „Capital“ – „von Preiswahrheit und Preisklarheit kaum die Rede sein“.

Die Geldhändler nämlich agie-ren in einem Halbdunkel, das der Laie nur schwer durchrech-nen kann. Eins jedoch steht fest: Keiner ist so billig, wie es sich in der geschickten Werbung liest. Da rechnen Commerz- und Dresdner Bank zum Bei-spiel stolz vor, sie verlangten nur 0,5 Prozent Monatszins. Die Rechnung $12 \times 0,5 = 6$ Prozent Jahreszins scheint logisch und beabsichtigt – ist aber grundfalsch.

Denn das ist der Teppichhändler-Trick: Die Zinsen werden nicht auf den tatsächlichen Kreditbetrag berechnet, auf die Restschuld also, sondern auf das Darlehen in seiner ursprüng-lichen Höhe, während der ge-samten Laufzeit. Obwohl die geliehene Summe ja von Rückzahlungsrate zu Rückzah-lungsrate kleiner wird. Wer also von der Dresdner Bank 5000 DM borgt zu den angebo-tenen 0,5 Prozent monatlich und das Geld innerhalb eines Jahres zurückzahlt, hat sie keine sechs, sondern 15,84 Pro-zent verdienen lassen! Würden die Bosse mit den wei-ßen Kragen den Sparern erlau-ben, was sie sich mit den klei-nen Schuldner erlauben, rech-nete sich das so:

„Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ (Bert Brecht)

reiche Geschäft mit den Klein- und Anschaffungsdarlehen seit 1960 um 450 Prozent gesteigert werden. 1969 standen die Bun-desbürger mit zwölf Milliarden Mark in der Kreide.

Am freudigsten borgten Jung-vermählte, fand die Hamburger Sparcasse von 1827 heraus. Männlich, Facharbeiter, 26 bis 35 Jahre alt, frisch verheiratet – das ist nach dieser Unter-suchung der „typische Kredit-nehmer“.

Die typischen Kreditgeber aller-dings verschweigen ihm, wie teuer ihn seine Schulden kom-

Wer 5000 DM auf seinem Kon-to hat und sie in zwölf gleichen Monatsraten abhebt, bekommt auch im letzten Monat, wenn keine 420 Mark mehr auf dem Sparbuch stehen, noch die ge-samten 5000 Mark verzinst.

Trotz solcher Praktiken gelten die Großbanken als besonders billig. Denn in den trüben Ge-wässern des Kreditmarktes lauern Haie, die weit größere Brocken schnappen. Die Rech-nung der Pfalz-Kredit-Bank in Kaiserslautern zum Beispiel sieht so aus:

Wer 8000 DM auf 36 Monate



Wieder gab es vielfältige Aktionen zum diesjährigen September – dem Antikriegstag. Hier sei nur eine von vielen erwähnt: Lünener SDAJler überklebten die Revanchisten-Schilder „Dreigeteilt niemals!“ mit dem Gegenplakat „3. Krieg? Niemals!“ Zur Nachah-mung empfohlen, nicht nur zum Antikriegstag. (Das Plakat kann beim „elan“ angefordert werden.)

leihen will, hat vorab 400 DM Vertreterhonorar zu addieren – die mitverzinst werden müssen, zu 0,9 Prozent pro Monat. Die Bank versichert sich gegen jedes Risiko, indem sie ihren Schuld-ner versichert – auf dessen Kos-ten, zu 410 DM. Auch die wer-den mitverzinst. Zuschlag pro Rateneinzahlung: Zwei Mark. Und so zahlt der Kunde in den drei Jahren 11 737 Mark zurück – das ist ein Jahreszins von 21 Prozent, während die Wer-bung von „0,9 Prozent monat-lich“ sprechen kann.

Wo beginnt der „gewerbsmäßi-ge Kreditwucher“, der im § 302 d des Strafgesetzbuches mit Freiheitsentzug bis zu zehn Jahren und Geldstrafen in un-beschränkter Höhe bedroht wird? Kaum festzulegen, denn der Gummi-Paragraph 302 a, der den Wucher definiert, spricht von „Umständen des Falles“ und vom „üblichen Zinsfuß“. Und Zinsen um 20 Prozent sind nun einmal üblich...

Außerdem wuchert laut Gesetz nur, „wer unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit“ Super-zinsen einstreicht. Wer je-doch ein Darlehen haben will, wird von den gewieften Aus-beutern auf Notlage und

Leichtsinnigkeit überprüft. Selbst mit – verschleierte – Höchstzinsen geben sich man-che nicht zufrieden. In Tages- und Wochenzeitungen preisen spaltenlang „Kreditmakler“ ihre Helferdienste an. Einige der Schnapphähne kassieren deftige Gebühren für die Selbst-auskunft des Antragstellers und Gebühren für die Vermittlung – garantieren aber nicht in jedem Fall, daß der Kunde sein Geld auch erhält. Und bei mancher „Waren- und Kreditagentur“ müssen Jungvermählte darauf gefaßt sein, kein Bargeld zu be-kommen, sondern Möbel und Schulden. Andere Kreditmittler geben sich großzügig, indem sie mit „Bankzinsen“ werben. Nur haben sie damit noch nichts ge-sagt. Denn wer sich zum Bei-spiel 1000 DM auf ein Jahr leiht, zahlt zwischen 12,6 Pro-zent (bei der Bank für Gemein-wirtschaft) und 21,7 Prozent (bei der Kundenkreditbank).

Merke: Hammurabi, König von Babylonien, belegte Anfang des 2. Jahrhunderts vor Christus in der ältesten Gesetzessammlung der Welt den Wucher mit To-desstrafe. Damals forderten die Geldver-leiher in seinem Land 17 bis 20 Prozent Zins...



Der Edison vom Weißen Hirsch

Berlin-Lichterfelde am 10. Januar 1930. Vor einer Villa am Jungfern-stieg entsteigen Professor Fritz Schröter von der Firma Telefunken und andere Fernsehexperten einem Auto, das hinter einem Mercedes-Kompressor-Sportwagen hält. Manfred v. Ardenne, ein junger Mann von 22 Jahren, hatte die Herren eingela-den, um ihnen erste Halbtonefernkinobilder auf einer Braunschen Röhre, einer Röhre zum Sichtbarmachen schnell veränderlicher elektronischer Vorgänge also, zu zeigen. Der junge Wissenschaftler – er ist der Be-sitzer jenes Mercedes-Sportwagens – ist eher als Autodidakt (jemand, der durch Selbststudium Kenntnisse erworben hat) denn als Absolvent eines geregelten Physi-kums anzusehen. Nach vier Semestern Studium wandte er seine Erkenntnisse be-reits praktisch an, um damit eine einzigar-tige Karriere zu begründen.

Von der Penne zum Patentamt

Ardennes erstes Fachgebiet – es sollten viele weitere folgen – war in den zwanziger Jahren die Rundfunk- und Fernstehtchnik. 1925, noch als Schüler, konnte er den Radio-Fabrikanten Siegmund Loewe von der Bedeutung des Breitband-Widerstands-verstärkers überzeugen und anregen, seine Mehrfachröhren zu bauen. Damit erwarb der adlige Wissenschaftler – der Baron war 1907 in Hamburg als Sohn eines Offiziers geboren worden – ein kleines Vermögen, mit dem er sich sein Laboratorium in Lichterfelde einrichten konnte.

Dr. Walter Bruch, der Erfinder des in der Bundesrepublik gebräuchlichen Farbfern-sehsystems, schrieb über jene Zeit: „Er ver-sammelte um sich eine Reihe junger, streb-samer Ingenieure – auch ich war damals für kurze Zeit in diesem Laboratorium tä-tig.“ Auch der mechanische Geber (Sen-der) sei Ardenne ein Dorn im Auge gewe-sen, nachdem die elektronische Wiedergabe auf der Braunschen Bildröhre so gut ge-klappt hatte. Dr. Bruch: „So versuchte er, für die senderseitige Abtastung die Braun-sche Röhre ebenfalls zu verwenden. Noch im selben Jahre, am 24. Dezember 1930, konnte er der Fachwelt das erste vollelek-tronische Fernsehbild zeigen.“ Die damali-gen Vorführungen gaben den entschei-denden Anstoß zur Umstellung der Fernseh-technik von der mechanischen zu den heu-tigen rein elektronischen Methoden. Man-fred v. Ardenne ist der Begründer unserer heutigen Fernsehstehtchnik.

Vierzig Jahre später, als er sich an jene Zeit erinnert, antwortet Dr. Bruch auf die Frage eines Journalisten, welche Entdeckung der Menschheit am meisten nützen würde: „Die Frage ist ganz eindeutig zu beantwor-ten: ein Antikrebsmittel.“ Legt man heute Manfred v. Ardenne diese Frage vor, so gibt er dieselbe Antwort. Für ihn ist diese Erkenntnis Auftrag zum Handeln gewor-den: Seit zehn Jahren arbeitet er an Metho-den zur Krebsbekämpfung.

Alle zehn Jahre ein neues Arbeitsfeld

Die Wandlung vom Physiker zum Medizi-ner war nicht die einzige im Leben v.

Ardennes. Er hält es mit dem Wort des Atomphysikers Fermi: „Ein Wissenschaftler soll ungefähr alle zehn Jahre sein Arbeitsfeld wechseln.“ In den dreißiger Jahren begründet der Baron die Elektronenmikroskopie und wendet sich dann der Atomphysik zu. Von 1945 bis 1955 arbeitet der Wissenschaftler in der Sowjetunion, um 1955 die Leitung des nach ihm benannten Forschungsinstitutes in Dresden-Weißer Hirsch zu übernehmen. 1957 entwickelt er einen verschluckbaren Intestinalsender, ein bedeutsames Hilfsmittel der medizinischen Diagnostik. 1959 stellt er seinen Elektronenstrahl-Mehrkammerofen vor, eine Großanlage für Hochvakuum-Metallurgie, mit der sehr reine Werkstoffe erschmolzen werden: Sonderstähle, Reinstkupfer, Reinstnickel, Titan, Wolfram. Heute werden damit im Edelstahlwerk „8. Mai 1945“ in Freital rund 600 kg Stahl in der Stunde umgeschmolzen und dadurch qualitätsverbessert. Durch den Einsatz von Elektronenstrahlöfen in Betrieben und Forschungsinstituten ist die DDR unabhängig geworden vom Import verschiedener wichtiger Reinstmetalle und Legierungen.

Das Institut Manfred v. Ardenne in dem schönen Dresdner Vorort Weißer Hirsch hat Verfahren entwickelt, mit denen mittels Elektronenstrahlen Metalle verdampft und als schützende Schicht auf Stahl kondensiert werden und mit denen Bauglas mit wärmeabweisenden Schichten versehen wird. Es entwickelte Herz-Lungen-Maschinen und gab 1965 erste Ergebnisse mehrjähriger Forschung auf dem Gebiet der Krebsbekämpfung bekannt.

Die Zahl der Patente v. Ardenne ist Legion. Wer ist dieser Mann? Darf man ihn angesichts seiner Vielseitigkeit und der Zahl seiner Erfindungen einen Edison von heute nennen? Ist der Volkskammerabgeordnete und Professor an der Technischen Universität Dresden – der „unproduktive Tätigkeiten“ wie allzu lange Sitzungen und allzu viele Konferenzen verabscheut, aber sich dennoch nicht nehmen ließ, am IX. Parlament der FDJ teilzunehmen – ein „roter Baron“, wie westliche Zeitungen ihn nannten?

Wissenschaftler im Kollektiv

Wir haben Prof. v. Ardenne besucht. Er empfing uns in seiner Bibliothek, die so gar nichts „Naturwissenschaftliches“ an sich hat, die mit schönen alten Möbeln und Bildern ausgestattet ist und einen unvergesslichen Blick auf das Elbtal und die Silhouette Dresdens zuläßt. Aber auch die Forschungsanlagen sind von hier zu erkennen, „die drei tragenden Säulen unseres Institutes“, wie sie der Hausherr nennt: ein Konstruktionsbüro mit 50 erfahrenen Konstrukteuren, eine mechanische Hauptwerkstatt mit 50 Mitarbeitern und eine Elektronikwerkstatt mit weiteren 50 Kollegen. Mit diesen 150 technischen Kräften arbeiten 40 Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen zusammen. Ardenne: „Früher genügten dem Wissenschaftler ein Stück Draht, etwas Lötlut und ein Glaskolben, um erfolgreich forschen zu können. Um heute zu hoher Effektivität zu gelangen, um die Wissenschaft in kurzer Frist in eine

Produktivkraft umschlagen zu lassen, benötigt der einzelne Wissenschaftler eine ganze Reihe hochentwickelter handwerklicher Kräfte.“ Also kein Edison aus der Bastelstube – trotz der vielen Patente – sondern ein kollektiv handelnder Wissenschaftler im Sozialismus.

Der Professor ist nicht nur ein engagierter Bürger der DDR, der mit seiner Arbeit Bedeutendes zur Entwicklung seines Landes beigetragen hat, er kennt auch die Pro-



Prof. Dr. Manfred v. Ardenne in seinem Institut in Dresden – Weißer Hirsch
Die „drei tragenden Säulen“ des Instituts sind das Konstruktionsbüro, die Hauptwerkstatt und die Elektronikwerkstatt.



Das Wissenschaftlerkollektiv mit seinem Chef. Vertreter der verschiedensten naturwissenschaftlichen Richtungen arbeiten an gemeinsamen Projekten.

bleme der studierenden Jugend des Westens. „Der Zustrom an wissenschaftlichen Kenntnissen hat ungeheuer zugenommen, aber die Ausbildung ist die gleiche geblieben. Gegen diese alte Bildung richtet sich die Unzufriedenheit der studentischen Jugend.“ Von Ardenne tritt für Lehrmethoden ein, die das „Büffeln“ überflüssig machen und dem Studenten sofort die Möglichkeit geben, schöpferisch zu arbeiten. In der DDR werden diese Methoden verwirklicht: „Da wird nichts mehr eingepaukt, sondern das Können gelehrt. So wie es unsere dritte Hochschulreform fordert und durchsetzt. Dazu gehört das Lernen und Studieren in Verbindung mit der Praxis – Forschungsstudium genannt. Wenn man bedenkt, daß die Aufgaben multidisziplinär (von verschiedenen Wissenschaften gemeinsam gelöst) werden, gewinnt das Forschungsstudium immer mehr an Bedeutung.“

„Wo alles zu erfinden ist“

Ardenne erinnert sich: „Genau auf diese Weise habe ich mich selbst ausgebildet. Ich bin damals als junger Mensch nach vier Semestern Studium in die Technik, in die Forschung gegangen. Das ganze Leben kann man das fortsetzen: Man studiert, um eine Aufgabe zu lösen, um das Erlernte sofort anzuwenden.“ Wenn man sich nicht in den eingefahrenen Gleisen eines Experten bewegt, sondern sich neue Aufgaben sucht, so gerät der Geist in einen „angeregten“ Zustand: „Man durchlebt Phasen – romantische Phasen – in denen alles zu erfinden ist.“

Der Professor leistet seinen Beitrag zur Ausbildungs- und Wissenschaftsreform. Er hält die Informationswissenschaft für sehr entwicklungsbedürftig, um schnell vom Lernen zum Forschen zu gelangen. Von Ardenne arbeitet zu diesem Zweck seit 1951 an „Informationsspeichern“, wie er die rund 3 000 Tabellen nennt, die er allein in der angewandten Physik erarbeitet hat. Diese Speicher stellen Konzentrate an Erforschtem dar, die sonst auf jeweils mindestens 30 Seiten in Lehrbüchern untergebracht werden. „Was dort gespeichert ist,

braucht nicht mehr gepaukt zu werden. Es kann sofort genutzt werden.“ Unser Gesprächspartner zeigt sich sehr zufrieden, daß die Ministerien der DDR nach dem gleichen Verfahren auch „Bildungsspeicher“ zu anderen Gebieten, wie der Biologie und der Chemie, in Buchform herausbringen wollen.

Ardenne fordert den jungen Forscher mit Phantasie, der konkrete Aufgaben bekommt und nicht betriebsblind irgendwo in den Wolken arbeitet. Die Forscher sollen an Aufgaben arbeiten, „die schon morgen uns allen zugute kommen, damit unser aller Leben schöner und lebenswerter wird.“

Gegen die Geißel der Menschheit: Krebs

Der Professor denkt dabei insbesondere an die Krebsforschung – die „größte Aufgabe dieser Zeit“. Ungefähr 30 Prozent der Bevölkerung erkranken heutzutage im Laufe ihres Lebens an bösartigen Geschwülsten. Nur ein Drittel der Erkrankten wird dauerhaft geheilt, rund 20 von hundert Menschen sterben an Krebs und seinen Folgen. Während die Wissenschaftler sich vorwiegend der Erforschung der Krebsursachen und der Vorbeugung dieser Krankheit zuwenden, hat sich Prof. v. Ardenne die Hauptaufgabe der Krebsbehandlung gestellt: „Alle Krebszellen des Organismus zu zerstören, ohne die Normalzellen zu schädigen, und zwar durch Erzielung extrem hoher Selektivität.“ (Aufspüren und Abtrennen der kranken Zellen.) Zu diesem Zweck hat das Institut Krebs-Mehrschritt-Therapie-Einrichtungen entwickelt.

Als wir nach Dresden fahren, hatte der Bonner Informationsdienst „Vertrauliche Mitteilungen“, der der CDU nahesteht, über die Krebsforschung v. Ardenne berichtet: „Der hat's“ – er habe das Krebs-Problem gelöst. Wir wollen uns an die mehr zurückhaltenden Äußerungen halten, die der Professor uns gegenüber machte. Er verwies auf sein umfangreiches Buch, in dem 107 wissenschaftliche Arbeiten enthalten sind. „Ich glaube, daß diese Arbeiten mithelfen werden, um eine breite Front gegen den Krebs zu bilden.“ Aber

auch der Professor selbst rät uns, Ende 1971 genau die Zeitschriften mit ihren Berichten über die Krebsforschung zu verfolgen ... Es ist kein Zufall, daß gerade in der sozialistischen DDR die Krebsforschung solche Fortschritte macht. „Hier steht die Wissenschaft im Dienste des Menschen“, betont v. Ardenne. „Anders in den Ländern der westlichen Welt, wie den USA, wo Nervengas – um nur ein jüngstes Beispiel zu nennen – entwickelt wurde zur Vernichtung der Menschen. Das ist Forschung gegen die Menschheit. Auch wir betreiben Forschung am Nervensystem. Am Rande der Krebsforschung haben wir dazu viel entdeckt. Aber unsere Forschung ist im Gegensatz zur US-Forschung auf die Beseitigung von Schmerzen, nicht auf die Bereitung von Schmerzen gerichtet. Das ist heute möglich.“

Ein Wissenschaftler und Friedenskämpfer

Für Ardenne ist es unfassbar, wie ein Wissenschaftler sich für die Herstellung von B- und C-Waffen hergeben kann. „Ich kann aus ehrlichem Herzen sagen, daß ich in der



Das Labor für Tierversuche mit Anlagen zur Durchführung der Krebs-Mehrschritt-Therapie.

DDR und in der UdSSR nie eine Aufgabe gestellt bekommen habe, die mich in einen Gewissenskonflikt gebracht hätte.“ Etwas verbittert spricht der Professor über die Weigerung, die DDR in die Weltgesundheitsorganisation WHO aufzunehmen – eine Entscheidung, an der bekanntlich die um „menschliche Erleichterungen“ angeblich ringenden Politiker aus Bonn sehr intensiv mitgewirkt haben. „Es ist nicht unbekannt, daß wir Wissenschaftler in der DDR bedeutende Leistungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens erzielt haben. Unsere Republik könnte der WHO viel geben.“ Er sagt immer „unsere Republik“ ...

Ardenne steht zu diesem Land, weil es für den Menschen da ist. Er ist Mitglied des Friedensrates der DDR und des Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat der DDR. Ein Friedenskämpfer als Regierungsberater. Er machte darauf aufmerksam, daß unser wissenschaftlich-technisches Zeitalter nach gesicherten friedlichen Zuständen verlangt, wenn der Fortschritt zum Segen der Menschen sein soll. Dies wegen der durch Abrüstung einzusparenden Mittel, aber auch weil etwa eine Energieversorgung für ganze Kontinente durch Atomkraftwerke und Kernfusionskraftwerke – die heute bereits technisch möglich wäre – infolge ihrer militärischen Verwundbarkeit erst nach Schaffung eines Friedenssystems realisiert werden kann.

Wir bedanken uns und sagen auf Wiedersehen. Wir fahren hinunter vom Weißer Hirsch, zurück in das wiederaufgebaute und weiter aufbauende Dresden. Auf der Rückreise lesen wir in einer Zeitung eine Erklärung, die Dresdner intellektuelle an die SED gerichtet haben: „Unser Jahrhundert ist das Jahrhundert des Sozialismus. Wir sind stolz, mitwirken zu können an der Entwicklung einer neuen, menschlichen Welt, an der Ausprägung des Sozialismus im Denken, Fühlen und Handeln aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.“

Die Erklärung trägt auch die Unterschrift von Prof. Dr. Manfred von Ardenne.

Ulrich Sander

Das Sonderangebot des Monats

Baut die Straßen der Zukunft

(Unser Tag ist voll fröhlicher Lieder)



Unser Tag ist voll fröhlicher Lieder

(Sollten Sie diese Platte bis zum 31.10.1971 bei uns bestellen, erhalten Sie sie zum Sonderpreis von DM 15,-).

Gesamtkatalog anfordern!
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel. 572010





E. A. Rauter

Vom Anfang einer Endlösung

„Der politische Massenmord der New Yorker Behörde widerlegt die These, daß Unterdrückung heute mehr Löcher habe als zu Marx' Zeiten. Auch unsere Notstandsgesetze machen es möglich, westdeutsche Arbeiter legal zu erschießen.“

Zum Lesen von Büchern braucht man Zeit – für die man gewöhnlich nicht bezahlt wird. Die Artikelschreiber unserer Zeitungen haben kaum Zeit zum Schreiben ihrer Artikel oder zum Prüfen ihrer Behauptungen. Die Lektüre eines Buches wie das „Strafverbrechen“ (von dem Bielefelder Amtsrichter Helmut Ostermeyer) hätte helfen können, die Sturmflut von Arroganz und Dummheit in unseren Zeitungen zu verhindern, als deren Redakteure sich anschickten, über die Meuterei in Attica zu schreiben. Dummheit und Arroganz treffen einen Zipfel: Die Auswirkung läuft auf Beihilfe hinaus. Die Auswirkung ist, daß die meisten Leser sagen: Recht geschieht denen, sie sind selbst schuld, warum meutern sie!

Bevor Hitler den vierten Teil der polnischen Bevölkerung umbringen ließ, durch dieselben Deutsche, die das Umbringen von Wärtern verabscheuen, „streckte“ er den Franzosen, Engländern und Polen die „Friedenshand hin“. Was er da hinstreckte, sollte ablenken. Was die Redakteure unserer Zeitungen in diesen Tagen über das New Yorker Staatsgefängnis drucken lassen, lenkt ab.

Die Mehrzahl der amerikanischen Gefängnisinsassen wird von einer Gruppe brutaler Krimineller und den weißen Wärtern beherrscht. Wärter urinieren farbigen Häftlingen ins Essen; man hört von Fällen, in den Kalfaktoren (weiße Kriminelle) den farbigen Häftlingen den Inhalt von Abtrittskübeln in die Zelle schütten. Zwei amerikanische Richter ließen sich vor kurzem einsperren, um das Gefängnisleben kennenzulernen. Sie wollten eine Woche bleiben,

nach zwei Tagen gaben sie ihr Experiment auf. Nicht einmal Hunde, sagten sie, würden ein solches Leben aushalten.

Die politischen Häftlinge bilden den untersten Boden der Unterprivilegierten. Das Erschießen eines farbigen politischen Häftlings hat für den Wärter weniger schmerzliche Konsequenzen als das Töten eines Pudels. Da nur Wärteraussagen ernstgenommen werden – genau wie bei uns –, genügt die Behauptung von Notwehr, um Mord zu legitimieren als Privatspaß. Auch die nichteingesperrten Amerikaner bezeichnen die Gefängnisse als „Gräber“.

Die Redakteure unserer Zeitungen haben über diese Seite der Meuterei fast nichts gesagt. Sie verarbeiten die Nachrichten, die ihr Zeitungsbesitzer einigen Privatfirmen abkauft. Diese Privatfirmen nennt man Nachrichtenagenturen. Die Nachrichtenhändler besorgen sich die Nachrichten in der Regel von der Gefängnisbehörde und der Polizei (deshalb auch die Meldung von den „durchgeschnittenen Kehlen“ zum Beispiel). Daher kommt es, daß die meisten Zeitungen mit der Stimme der Polizeiführung sprechen.

Aber auch für den Fall, daß alle westdeutschen Zeitungen die Verhältnisse hinter den amerikanischen Gefängnismauern mit der Eindringlichkeit eines Chessman geschildert hätten, auch in diesem Fall könnten wir nicht verstehen, was in Attica passiert ist. Die Schilderung würde sich vor die Frage legen, von der unsere Zeitungsredakteure ablenken:

Warum kommen Menschen in Gefängnisse?

Vom Juni 1968 bis zum Juni 1969 sprachen südafrikanische Richter 166 Todesurteile aus: davon gegen sieben Weiße. 60 Prozent aller Eingesperrten in den USA sind Farbige. Die Mehrzahl der Eingesperrten bei uns sind Söhne und Töchter armer Leute, die als Kinder in Obdachlosensiedlungen aufgewachsen sind. Wenn man davon ausgeht – wie es die meisten derer zu tun scheinen, die auf die Bildung unserer Meinung einwirken, daß Gesetze nicht von



Menschen gemacht werden; und wenn man davon ausgeht, daß derjenige, der diese Gesetze verletzt, schlecht ist, und alle anderen gut – wenn man davon ausgeht, dann heißt das, vergrößert und verkürzt: Wer beherrscht wird, ist schlecht, wer herrscht, ist gut. Die Reichen sitzen nicht in Gefängnissen, auch nicht die Gebildeten – bis auf Ausnahmen.

Wer gebildet ist und reich, das bestimmen aber nicht die Obdachlosen, Fließbandarbeiter, Maurer, Verkäuferinnen, und nicht die schwarzen Minenarbeiter in Südafrika, und nicht die 25 bis 40 Millionen Amerikaner, die unter dem offiziellen Existenzminimum leben – und angesichts des entwürdigenden Reichtums um sie herum „straffällig“ werden.

In den Gefängnissen läßt die Gesellschaft die Maske fallen. Der „Strafvollzug“ ist die Rache an den Unterprivilegierten, die es gewagt haben, die Spielregeln zu verletzen (aus welchen Gründen auch immer), die von den Privilegierten aufgestellt worden sind. Damit nicht noch mehr wagen, die Spielregeln der Reichen zu verletzen, muß es eine Hölle geben als Drohung, als sogenannte Abschreckung, als lebendiges Begrabensein, ein Ausgeschaltetsein. In den Gefängnissen wird niemand „gebessert“, wie die meisten Richter und Staatsanwälte uns vorheucheln.

Die 426 000 Insassen amerikanischer Zuchthäuser und Gefängnisse sind die Geiseln der Nation. Sie verbürgen, daß die Millionäre Millionäre bleiben. Der Erfolg des Sturmangriffs schwerbewaffneter Polizeikompanien auf das Zuchthaus von Attica zeigt, welche Absicht ihn auslöste. Es war nicht die Absicht, das Leben der Wärter zu retten (die Polizei selbst hat sie erschossen), die katastrophale Brutalität sollte alle Betrogenen im Lande überzeugen, daß es sinnlos ist, sich gegen die Betrüger zu wehren. Sie sollte das Problem, daß Mißhandelte aufbegehren, endgültig lösen. Sie sollte eine Endlösung sein. Der politische Massenmord der New Yorker Behörde widerlegt die These, daß Unterdrückung heute mehr Löcher habe als zu Marx' Zeiten. Sie hat nur Löcher, wenn es nicht darauf ankommt.

Auch unsere Notstandsgesetze machen es möglich, westdeutsche Arbeiter legal zu erschießen. Der Anlaß könnte zum Beispiel der Beschluß einiger Aufsichtsräte sein, ein paar Fabriken stillzulegen.

Interessante und unterhaltsame Gegenwartsliteratur



Werner Heiduczek

Mark Aurel oder ein Semester Zärtlichkeit

Die Chemiestudentin Christiane sucht Klarheit in ihrer Liebe zu Tolja. Für sie war das Semester mit ihm mehr als ein Spiel, mehr als ein Flirt, den sie schnell vergessen kann.

Illustriert von Wolfgang Würfel
Etwa 160 Seiten · Leinen etwa 5,60 M

Benito Wogatzki · Der Preis des Mädchens

Die Leute, von denen der bekannte Autor in fünf Erzählungen schreibt, haben viel zu tun - mit den Vertracktheiten des Alltags, mit listigen Verwicklungen und komplizierten Umwegen.

Illustriert von Karl Fischer
Etwa 160 Seiten · Leinen etwa 5,90 M

Karl-Heinz Jakobs · Eine Pyramide für mich

Der erfolgreiche Wissenschaftler Paul Satie sieht den Ort wieder, wo er vor zwanzig Jahren am Bau eines Staudammes teilgenommen hat, und ihm kommen dabei teilweise recht unangenehme Erinnerungen.

244 Seiten · Leinen 5,80 M

Helmut Sakowski · Zwei Zentner Leichtigkeit

Die Geschichte des vor allem als Dramatiker bekannten Autors sind voller Humor. Sakowski beherrscht das laute Lachen wie das leise Schmunzeln und den freundschaftlichen Spott.

Illustriert von Erhard Großmann
260 Seiten · Leinen 7,— M

Verlag Neues Leben DDR-108 Berlin, Behrenstraße 40/41



„Ach Gott“, ruft das kleine Mädchen, das seit einer Stunde, aus dem Küchenfenster gelehnt, auf den Vater wartet, „ach Gott, sie haben verloren!“

Sie sieht es ihrem Vater an, wie das Spiel ausging, denn ihr Blick ist schon geübt. Sie erkennt es an seinem roten Kopf, an den Beinen, die sich steif und plump bewegen, statt ausgelassen, fröhlich wie nach einem gewonnenen Spiel.

Für das Kind ist das Spiel bitterer Ernst. Es entscheidet darüber, ob es heute Prügel bekommt oder Papis Liebling ist.

Es betet jeden Samstagmorgen in seinem kleinen, zerwühlten Bett: „Lieber Gott, laß doch Papis Mannschaft gewinnen, sonst ist er immer so böse zu Mama, Martin und mir. Weißt du, lieber Gott, wenn Papis Leute gewinnen, dann ist er ganz lustig, und wir bekommen dann auch immer ein paar Mark Taschengeld. Martin darf sicher wieder ins Kino, und vielleicht nimmt er mich mit. Bitte, lieber Gott, laß doch die Richtigen Sieger werden. Ich werde auch nie mehr meinem Bruder doof zeigen.“

Diesen Samstag hatte die Kleine umsonst gebetet; der liebe Gott hat sie im Stich gelassen. Sie hört den Vater schon im Flur fluchen, ist enttäuscht und weint. Die Mutter wird nervös. Schnell wischt sie noch einmal über den Tisch: „Damit der Alte ja nix zu meckern hat!“

Das kleine Mädchen wischt sich mit ihrem Rocksäum die Tränen ab. Die Mutter haut ihr eins mit dem Spüllappen vors Gesicht: „Hörst du wohl auf zu brüllen, willst du denn, daß gleich Krach ist?“

Jetzt fängt die Kleine erst recht an zu schluchzen, und als dann der Vater in den Korridor poltert, wo Martin ihm aus dem Mantel hilft, da laufen ihr Tränen und Schnodder nur so herunter. Aus Angst,

nochmal geschlagen zu werden, wischt sie schnell mit ihrem Kleid über das verheulte Gesicht. Natürlich verwischt sie alles nur, und sieht danach um so schlimmer aus. Schon hat sie wieder Muttis nervöse Hand im Nacken. „Du sollst dir doch die Nase nicht am Kleidchen abputzen! Mensch, wenn das der Alte sieht!“

Der steht schon im Türrahmen, verschwitzt und mit einer üblen Alkoholfahne.

„Eine Begrüßung ist das hier!“ rülpst er. Alle sehen ihn an. Er setzt sich breitbeinig an den Tisch, nimmt Messer und Gabel in die fleischigen Fäuste, lehnt sich in seinem Stuhl zurück und befiehlt: „Essen!“

„Ich konnte doch nicht wissen, wann du kommst. Da mußte schon noch'n paar Minuten warten,“ sagt die Mutter und wendet sich ihren Kochtöpfen zu.

„Olle Schlamp!“ brummt der Vater und kramt seine Taschen nach Zigaretten durch.

„Martin! Ich hab keine Glimmstengel mehr. Hol welche, aber beeil dich! Oder haste etwa selbst wat zu rauchen? Du rauchst doch nicht, oder?“

„Nein,“ sagt Martin, „natürlich nicht.“ und denkt: „Jeden Samstag dasselbe. Gewinnense, isser besoffen, gewinnense nix, isser auch besoffen.“

Martin holt die Zigaretten. Er geht langsam. Er ist froh, die Wohnung für ein paar Minuten verlassen zu können.

„Aber heute Abend“, denkt er, „heute Abend gehe ich ins Kino, da laß ich mich gar nix von abbringen.“

Als er die Wohnung wieder betritt, steht die kleine Schwester in der Ecke und weint. Der Vater liegt auf der Couch.

„Wird auch Zeit, dass du kommst! Saubengel! Wir hätten früher mal so rumgammeln sollen, mitte Peitsche hätten uns gege-

ben! Und die Haare kannste dir auch mal wieder schneiden lassen!“

„Natürlich“, denkt Martin, „wenner nich weiß, worüber er meckern soll, bleiben ja immer noch meine Haare.“

Der Vater reißt die Zigarettenpackung auf. Er bietet Martin eine an.

„Nein, danke. Ich denke, ich darf nicht rauchen.“

„Wenn dir dein Vatter eine anbietet, darfst du. Los, nimm eine!“

„Nein, danke, ich will nicht!“

„Du rauchst jetzt mit mir eine!“ brüllt der Vater, „oder bisse schon genauso doof wie deine Mudda?“

Ehe Martin sich versieht, schlägt ihn der Vater zwei Mal.

„Nochmal, wenns schön war“, sagt Martin trotzig und schon knallt es noch mal.

Die Mutter kommt aus der Küche gelaufen: „Mensch, laß den Jungen in Ruhe, der wird nächste Woche sechzehn!“

„Möchte bloß wissen, warum ich dich geheiratet hab!“ schreit der Vater, „ich hätte Weiber haben können, damals, nachem Krieg, nachgelaufen sind se mir da!“

„Ja! Ja meinze, ich hätte nix besseres finden können! Aber du meinst ja, du wärst der Schönste!“

„Mensch, hau ab, Alte, ich kann dich nicht mehr sehen!“

Martin nimmt seinen Mantel. „Der Laden hier kotzt mich an!“ brüllt er und geht.

Die Mutter schließt sich weinend im Schlafzimmer ein, und der Vater beginnt, auf der Couch zu schnarchen.

Nur das kleine Mädchen mit den blonden Zöpfen und den großen, schlaun Augen, steht in der Ecke und weint: „Der liebe Gott ist ja gar nicht lieb“, sagt sie leise gegen die Wand und hofft, daß Papis Mannschaft nächsten Samstag gewinnen wird.

K.P. Wolf

★ ★ ★ ★ SONG-MAGAZIN: ★ ★

10 Jahre „pläne“

Mit nur 2000 Mark haben sie angefangen, die obendrein noch gepumpt waren. Als die erste Aufnahme „Ca ira“ von Süverkrüp ein Erfolg wurde, wuchs der Mut zum Weitermachen. Heute, nach zehn Jahren, hat sich der Dortmunder Schallplattenverlag „pläne“ zu einem ansehnlichen Betrieb gemausert. Fast alles, was auf dem Sektor „Politisches Lied“ Rang und Namen hat, findet sich hier wieder: Dieter Süverkrüp, Hanns Dieter Hüsch, Die Conrads, Dietrich Kittner, Interpol, Vorschlaghammer (mit Lerryn und Frederik), Il Contemporaneo aus Italien und viele andere. Hart am Ball ist „pläne“ mit

seinen Platten wie damals beim Ostermarsch. Nach der letzten Platte „Lehrlinge zusammenhalten“ geht es weiter mit einer LP von den Conrads „Brecht die Macht der Monopole“, einer Kittner-LP „Dein Staat, das bekannte Unwesen“, einer LP mit Liedern der DDR-Singebewegung „Neues Deutschland“ und einer Single „Angela Davis“ an“ von Dietrich Kittner. Zum Jubiläum im Oktober werden in der Woche vom 4. bis 9. in Dortmund die „pläne“-Künstler zeigen, was sich im Bereich des politischen Liedes getan hat. „pläne“ möchte durch die veröffentlichten Platten einen Beitrag zum aktuellen Klassenkampf leisten. Und so werden auch ihre Platten verstanden. Zum Beispiel: „Streik“ – eine neu produzierte LP mit den beiden Spaniern Joan und Jose,

Grüße aus Cuba

Der Oktober-Klub aus der Hauptstadt der DDR hat seine Tournee durch Kuba beendet. Auf Einladung des Nationalen Kulturrates von Kuba hatten die jungen DDR-Künstler Gelegenheit, vor Arbeitsbrigaden, im Fernsehen und bei vielen anderen Auftritten ihre Erfahrungen auf dem Sektor der Laienkunst zu vermitteln und praktisch zu demonstrieren. Neben den Auftritten gab es zahlreiche Möglichkeiten zu Gesprächen und Diskussionen mit Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes Kubas. Trotzdem hatte die Gruppe „elan“ nicht vergessen...

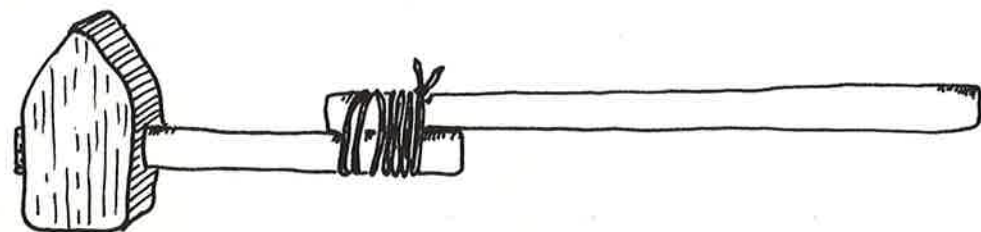


Die Kunst ging auf die Straße

Drei Tage lang spielten, sangen und sprachen engagierte Künstler auf dem Marktplatz des hannoverschen Arbeiterviertels Linden bei den „1. Arbeiterfestspielen Roter Punkt Hannover“. Der Rote Punkt Hannover ist das Symbol für kämpferische, erfolgreiche – weil einheitliche – Aktion. Es war richtig, den Roten Punkt wieder aufleben zu lassen, denn die Verkehrsbetriebe der Stadt planen schon wieder Fahrpreiserhöhungen... Unter den teilnehmenden Künstlern: Fasia Jansen, Hüsch, Süverkrüp, Kittner, Hamburger Liedermacher, Münchner Songgruppe, Floh de Cologne und eine Arbeiter-Schalmeien-Kapelle.

für Gemeinwirtschaft Hannover, 100 800 22 600) bei freiem Eintritt (!) über die finanziellen Runden zu kommen. „elan“ fragte Dietrich Kittner: „Wird die Aktionsgruppe Roter Punkt trotz des zu erwartenden Defizits für 1972 wieder Arbeiterfestspiele in Angriff nehmen?“ Kittner: „Ganz gewiß. Wir haben schon mit engagierten Künstlern anderer Länder Verbindung aufgenommen – im nächsten Jahr haben wir hier in Hannover die 2. Internationalen Arbeiterfestspiele Roter Punkt.“

Michael Jaeger



Unter'm Hammer: „Mach die Augen zu“

SEVERINE



Der „Grand Prix d'Eurovision“ 71 wurde Severine für „Une banc, une arbre, une rue“ verliehen. Inzwischen ist die bundesdeutsche Fassung dieses Titels auf dem Markt: „Mach die Augen zu und wünsch Dir einen Traum“. Da versucht nun die Agit-Pop-Zentrale des Kapitals, uns durch Severine ihr Patentrezept für die Lösung aller Probleme zur gefälligen Beachtung anzudrehen: Träumen. Und das ist nötig; denn: „So viele Menschen sind allein, sie verstehen nicht so vieles auf der Welt“. Und was machen diese armen Menschen? „Sie träumen, einmal da zu sein, wo man nur schöne Stunden zählt“. Da dieser Ort aber in keinem Atlas aufzufinden ist, gibt es nur

noch eins: „Mach die Augen zu und wünsch Dir einen Traum aus dem Land der Illusionen... denn dort in jenem Land wirst auch Du immer glücklich sein.“ Das ist also das Patentrezept des Kapitals für die Millionen dummen Lehrlinge, Schüler, Arbeiter und Studenten: Überleg nicht, warum es Klassen gibt und wie man sie abschafft, sondern träum' Dir Deine Welt! „Das ist nun mal der Lauf der Welt, und bestimmt hat alles seinen Sinn!“ Diese Unternehmer-Platte gehört unter den Hammer! elan empfiehlt: „Mach die Augen auf und verwirkliche Deinen Traum!“ (Hansa-Records, 10 067 AT, 5,- DM).

Tournee

Unter dem Motto „Freizeit muß unsere Freizeit sein“ veranstaltet die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) in NRW eine Werbetournee mit „Floh de Cologne“. Durch 20 Städte NRW werden die „Flöhe“ reisen. Hier noch ein paar Termine: 8.10. in Neuss, 10.10. in Bottrop, 11.10. in Münster, 12.10. in Kamen, 14.10. in Nordhorn, 15.10. in Essen. Den Kartenvorverkauf haben die zuständigen SDAJ-Gruppen übernommen.

Solidarität

Die „Aktion Roter Punkt“, Ruhrgebiet, veranstaltet am 12. Oktober 1971 in der Bochumer Ruhrländhalle ein Solidaritäts-Festival, zu dem verschiedene Künstler wie Dietrich Kittner, Die Conrads und die Kölner Gruppe Interpol ihr Erscheinen zugesagt haben.

Die Schauspieler der Städtischen Bühnen Bochum solidarisierten sich und haben ebenfalls einen kostenlosen Auftritt zugesagt. Der Erlös der Veranstaltung soll für die Kosten der Gerichtsverhandlungen, die gegen zahlreiche Teilnehmer der Aktion eingeleitet wurden, aufgewendet werden. Der Eintritt für die Veranstaltung beträgt 5,00 DM.

Revision

Der Hamburger Rechtsanwalt und SPD-unbequeme Polit-Sänger Degenhardt hat gegen seinen Ausschluß aus der SPD Berufung eingelegt. Der Sänger soll gefeuert werden, weil er auf öffentlichen Veranstaltungen der DKP auftrat und dazu aufrief, DKP zu wählen. Degenhardt und sein Rechtsanwalt Herbert Lederer (DKP) betrachten ihren Kampf gegen den Ausschluß aus der SPD als einen konkreten Beitrag zur Schaffung einer Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten.



An Redaktion
"elan"
46 Dortmund
Bruderweg 16

Leserbriefe
können oft-
mals leider
nur gekürzt
veröffentlicht
werden. Wir
bitten um
Verständnis.
Die Briefe
erscheinen
nicht unter
Verantwortung
der
Redaktion.

P.S.
betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns
eure
Adressen-
wünsche. Wir
werden euch
gerne
Anschriften
aus den
verschiedenen
Ländern
übersenden.

Warum kein Sex?

Noch immer ist kein Ende der Sex-Diskussion im elan abzusehen.

Warum kein Sex? Spricht man über so etwas in Klassenkampfereisen nicht? Meiner Meinung nach ist die Sexualität mit ein wichtiger Bestandteil im Leben des Menschen; warum soll dann nicht auch ein den Klassenkampf unterstützendes Magazin solche Themen anfragen? Natürlich sollte man nicht versuchen, wie die übrigen bundesdeutschen Zeitschriften und Magazine, mit dem Sex in Form von kritischen und pornographischen Geschichten Geld zu verdienen.

Könnte man nicht z.B. einmal aus sozialistischen Ländern berichten, wie es da mit der Sexualität aussieht? Ganz sicher gibt es auch in der Bundesrepublik genügend Probleme, über die es sich zu berichten lohnt. Ich könnte mir vorstellen, daß dadurch für manchen elan etwas interessanter wird.

GERHARD ZIMMERMANN,
Lich

Schüler, organisiert euch!

Dieser Aufruf erreichte uns aus Niedersachsen:

Die Marxistische Schüler - Assoziation (MSA)-Spartakus fordert durch diesen Leserbrief alle fortschrittlichen Schülergruppen auf, sich korporativ der SDAJ anzuschließen. Wir, die MSA-Spartakus Wolfsburg, meinen, daß in diesem Jahr, in dem sich die Klassenausschreitungen verschärft haben, Verbotsdrohungen gegen die DKP und den MSB-Spartakus gestartet worden sind, es der Bundeswehr in drei Bundesländern erlaubt worden ist, in der Schule „brave Soldaten“ zu werben und, indem sich die Schulsituation weiterhin verschlechtert hat, der erste Schritt zur Gründung eines einheitlichen Schülerbundes in der BRD getan werden muß.

Die MSA-Spartakus fordert deshalb alle marxistischen Schülergruppen auf, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und den ersten Schritt zu vollziehen. Schickt uns die Adressen der Schülergruppen, die sich an der Diskussion beteiligen, an: Wolfgang Tietze, 318 Wolfsburg, Breslauer Str. 277.

Landjugend

Im August-Heft berichteten wir über die Lage der Landjugend

Bringt mehr solche aufklärenden Berichte „Wie Landjugend ohne Chance“. Mehr sachliche Aufklärungsberichte! Unterlaßt es, Eure Seiten mit emotionschwangeren Berichten zu füllen. Rationale Aufklärung ist wichtiger.

RUDI WISMANN, Arzbach

Lehre mit „H“

Den Bericht „Lehre mit H“ (elan 8/71) finde ich sehr gut. Gerade deshalb möchte ich Euch fragen, ob Ihr nicht öfter über die DDR berichten könnt?

Da gibt es eine Menge Fakten, die hierzulande völlig unbekannt sind und die doch zeigen, wie in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung Probleme gelöst werden.

MARION ROLOFF, Regensburg

DDR-Kritik

Im letzten Heft äußerte ein Leser die Meinung, elan gäbe „die Geschehnisse in der DDR völlig unkritisch“ wider. Zu diesem Thema weitere Leserbriefe.

Ich finde es schon ekelhaft primitiv, wie Ihr eine Diktatur in den Himmel hebt. Ich lese laufend von Eurer Liebe zur Demokratie. Wie bringt Ihr Demokratie und DDR in einen Topf?

Der Brief von Andreas Schmidt hat mich etwas aufatmen lassen. Wenigstens einer, der in diesem Tohuwabohu von Wahrheit und Halbwahrheit den größten Fehler des elan sieht. Ich würde mich freuen, wenn sich Eure Leser mal Gedanken machen könnten, ob ich nicht eventuell recht habe. Gebt ihnen die Möglichkeit, wenn Ihr nicht feige seid.

PETER SCHUFF, Essen

Anmerkung der Redaktion: Es hat in der Bundesrepublik noch nie des Mutes bedurft, über die DDR zu hetzen. Es war aber immer Mut erforderlich, dem „Tohuwabohu von Wahrheit und Halbwahrheit“ des hiesigen DDR-Bildes wirkliche Informationen über die dortigen Verhältnisse entgegenzusetzen.

Die Sprüche des Andreas Schmidt sind uns auch hier in Hannover geläufig. Und zwar von Bürgersöhnchen, die Sozialismus sagen und Hasch, Pimpern und Mao meinen. Von unseren Hinterhofrevoluzzern ist nach der Aktion gegen die Fahrpreiserhöhung im Jahre 1969 nichts mehr vorhanden.

ERICH SCHWINGER, Hannover

Wenn man den Leserbrief dieses Andreas Schmidt liest, hält man das Ganze zunächst einmal für einen schlechten Witz. Wenn jemand behauptet, daß die SED nicht die Interessen der Arbeiter vertritt, sondern die Interessen einer kleinen Funktionsclique, und es weiter als Tatsache hinstellt, die SED müsse befürchten, daß sich die Arbeiter „von ihrer Unterdrückung frei machen könnten“, so kann man nur fragen, wo dieser Leser das Recht hernimmt, den elan-Redakteuren zu unterstellen, sie würden keine marxistische Zeitung herausgeben. Denn dieser Leser hat die marxistischen Theorien entweder noch nicht gelesen oder nicht begriffen.

GÜNTER STOFFER, Kehl

Brief aus dem Arrest

Die Repressalien gegen demokratische Soldaten gehen weiter. Hier ein Brief aus der Arrestzelle der Wittekindkaserne in Wildeshausen/Bremen.

Warum sitze ich seit Montag, den 6. September im Knast? Warum wurde ich wegen meiner politischen Gesinnung versetzt? Warum haben die Offiziere Angst vor meiner demokratischen Meinung und Auffassung?

Diese Fragen sind ganz einfach zu beantworten: Weil ich es mit der Demokratie ernst meine, für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau eintrete, für mehr Demokratie in der Bundeswehr kämpfe und die Studie „Soldat 70“ unterstütze. Die Generale und Offiziere der Bundeswehr versuchen mit Genehmigung von Wehrminister Schmidt, mich durch Strafversetzung und Arretierung mundtot zu machen, um mich zu blindem Gehorsam zu zwingen.

Auch die dicken Wände der eiskalten Zelle können nicht verhindern, daß ich meine Meinung äußere. Ich halte meine Schnauze nicht! Ich werde immer sagen,

was ich denke und mich keinem Meinungsterror beugen.
Gefr. HOLGER KRULL, z. Zt. Arrestlokal Wittekind-Kaserne, Wildeshausen

„Demonstranten niederwalzen!“

Die Inhaftierung des Soldaten Rüdiger Raguse war Anlaß zu diesem Brief:

Während Kameraden wie Rüdiger Raguse bei ihrem demokratischen Kampf in der Bundeswehr diversen Schikanen ausgesetzt sind, tummeln sich reaktionäre Offiziere in Schmidt'scher Gunst. So z.B. Hauptmann Langer, von der Geb ABC Abw Kp 8 in Sonthofen/Allg., der in einer „Aktuellen Informationsstunde“ in Wut hinausschrie, daß er Demonstranten, die sich vor der Grünten-Kaserne zu einem Sit-in niedergelassen hätten, auf Befehl des Bataillonskommandeurs mit dem MTW (gepanzelter Mannschaftstransportwagen) niederwalzen würde.

Als ich dagegen Einspruch erhob und auf das Ungeheuerliche dieser Aussage hinwies, verbot er mir das Wort, und später befahl er mir vor versammelter Kompanie, „dieses undemokratische Geblödel“ zu lassen.

Ich habe mich damals sofort beim Wehrbeauftragten beschwert. Bis heute habe ich noch keine Antwort aus Bonn bekommen, und Hauptmann Langer erzählt noch immer vom Rußlandfeldzug.

Schütze D. N., z. Zt. Sonthofen/Allg.



Gehandelt

Unter der Überschrift „Jetzt handeln!“ berichteten wir im August-Heft über das Internationale Freundschaftslager der Jugend der UdSSR und der BRD.

Im Juli dieses Jahres nahmen zwei Vertreter aus Wuppertal

an einem Freundschaftslager in Uljanowsk in der Sowjetunion teil: Michael Hefendehl von den Jungdemokraten (DJD) und Peter Dahl von der SDAJ.

Am 8. September veranstaltete die SDAJ gemeinsam mit dem Vertreter der DJD einen Informationsabend mit zahlreichen Dias und anschließender reger Diskussion.

Einmütig wurde nochmals unterstrichen, daß die Notwendigkeit der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch die BRD jetzt im Vordergrund stehen muß, wie das auch in der Abschlusserklärung des Freundschaftslagers betont wird.

Die SPD/FDP-Regierung hat mehrfach erklärt, daß die Verträge nach einer befriedigenden Westberlin-Lösung ratifiziert werden. Wir sind an diesem Abend zu der Auffassung gekommen, daß die Verträge jetzt ratifiziert werden müssen. Da mit darf nicht länger gewartet werden.

MICHAEL HEFENDEHL (DJD), PETER DAHL (SDAJ), Wuppertal

100 DM für Kinderkrankenhaus

Wuppertaler SDAJler hatten Vertreter des Jugendverbandes für Befreiung Südviets zu Gast.

Am Montag, dem 13. September, war eine Delegation des Jugendverbandes der FNL (Befreiungsfront von Südviets) zu einer Veranstaltung der SDAJ im Friedrich-Engels-Zentrum in Wuppertal zu Gast. Es ist das erste Mal, daß Vertreter der FNL Einreisegenehmigung in die BRD bekamen. Es war uns daher eine besondere Ehre, diese Delegation in Wuppertal begrüßen zu können.

Hauptpunkte der Diskussion waren die Möglichkeiten für ein Ende des Krieges in Vietnam. Es bestand Einigkeit, daß nur der Abzug aller amerikanischer Truppen und die Annahme des 7-Punkte-Programms der Provisorischen Regierung Südviets zum Frieden in Vietnam führen können.

Interessant waren die Informationen über die direkte Unterstützung der US-Aggression durch die Bundesregierung. An diesem Abend wurden genau 100 DM für die Errichtung des Kinderkrankenhauses „Nguyen Van Troi“ gesammelt. ELKE DAHL VAN DER BEEK, Wuppertal

Bestellt sofort:

elan-Jugendkalender 1972
mit 13 Vierfarb-Posters und
Verzeichnis von wichtigen Daten
aus der Arbeiterjugendbewegung.

Preis: DM 4,80

Wo fehlt eine?
Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein
Risiko, da Umtauschrecht -
Kleine Raten. Fordern Sie
Gratiskatalog 286 R
NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. H.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
Prospekte bitte anfordern!



Agentur Flegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66

Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich
Zustellgebühr)

(Unterschrift) _____
(Anschrift) _____

... und dann
einsetzen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Bruderweg 16

Buch des Monats: „Ich klage an“

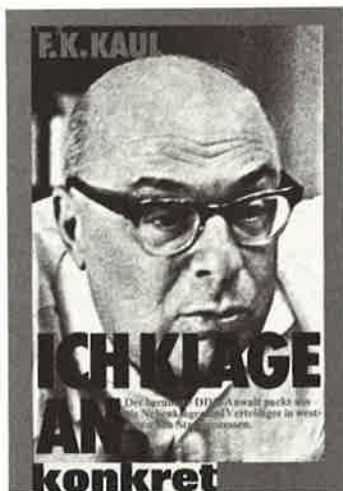
Kein Strafverteidiger ist bei den Richtern und Staatsanwälten der Klassenjustiz der Bundesrepublik so gefürchtet und verhaßt wie Friedrich Karl Kaul, DDR-Bürger und „intimer Kenner westdeutschen Rechts“ („Der Spiegel“).

In zahlreichen Kriegsverbrecherprozessen trat Kaul als Nebenkläger für die Interessen der Naziopfer und Widerstandskämpfer auf – und machte es manchem Richter schwer, SS-Mörder auftragsgemäß zu schonen. Und wenn es galt, Kommunisten und andere Linke gegen konstruierte Anklagen zu verteidigen, dann wurde aus dem Rechtsanwalt ein scharfsinniger und unerbittlicher Ankläger des Monopolkapitals und seiner Herrschaftsmethoden.

Eine Auswahl interessanter Gerichtsreportagen und Prozeßberichte aus Kauls Feder liegt nun als Nr. 17 der Paperback-Produktion des Konkret-Buchverlages vor. Die fünf hier behandelten Fälle sind typisch für die Zweiseitigkeit der Verfahrensweise westdeutscher Gerichte. Da war zum Beispiel der Frankfurter Auschwitz-Prozeß im Jahre 1963. Die 22 Angeklagten hatten unbehelligt und in gesichertem Wohlstand gelebt, bis man ihnen unter dem mora-

lischen Druck der Weltöffentlichkeit den Prozeß machen mußte. Und plötzlich litten diese Mörder und Menschenhändler unter hochgradigem Gedächtnisschwund. Professor Kaul als Nebenkläger trug wesentlich mit dazu bei, daß die SS-Verbrecher dennoch überführt werden konnten.

Vier Jahre später stand in Stuttgart der Kommunist Karl Weber vor Gericht. Richter, Staatsanwaltschaft und der „Verfassungsschutz“ hatten ein Komplott geschmiedet, das Weber – koste es, was es wolle – ins Gefängnis bringen sollte. Es ist Kaul zu verdanken, daß bezahlte Spitzel in aller Öffentlichkeit bis aufs Mark blamiert und die Geheimdienstpraktiken in ihrer ganzen Absurdität angeklagt wurden. Oder der „Dora“-Prozeß in Essen (1967 – 69): Von Monat zu Monat wurde das Verfahren



gegen drei ehemalige SS-Leute aus dem KZ „Dora“ im Harz (Ausbeutung von Zwangsarbeitern bei der Produktion von Raketen) weiter verschleppt. Die Nazi-Anwälte versuchten, den Nebenkläger Kaul und die Zeugen aus sozialistischen Ländern mit gefälschten Aussagen unglaublich zu machen. Professor Kaul zwang die Richter, dieser Verzögerungstaktik einen Riegel vorzuschieben. Ob in den Flensburger Prozessen gegen das Verbot des KPD-Programmentwurfs von 1968 oder in den Verhandlungen gegen die Bonner Studenten Bernhelm Booß und Hannes

Wofür lebt der Mensch?

Fünf brillant geschriebene Erzählungen des jungen DDR-Autors Benito Wogatzki enthält der Prosa-Band „Der Preis des Mädchens“. Stets geht es um Grundfragen des Zusammenlebens im Sozialismus: um die

Nix zu machen?

Die Literatur der Arbeitswelt gewinnt in der BRD immer mehr an Bedeutung. Sie durchbricht die Traumweltschranken des bürgerlichen Kulturbetriebs, sie dringt zum Wesen der Klassengesellschaft vor, sie formuliert das unausgesprochene Unbehagen vieler und stellt Lö-

Heer, – Friedrich Kaul, der selbst vier Jahre KZ-Haft hinter sich hat, erwies sich stets als prinzipienfester Verteidiger der Interessen der Menschenrechte, des Humanismus und der Demokratie.

Seine Prozeßberichte widerlegen das Märchen von der angeblichen Neutralität der Gerichte der BRD und sind zugleich ein spannend geschildertes Beispiel dafür, wie man sich vor den Schranken der Klassenjustiz verhält.

Friedrich Karl Kaul: „Ich klage an“, Konkret-Buchverlag Nr. 17., Hamburg 1971, 176 Seiten, 12,80 DM.

Verantwortung des einzelnen, um Selbstverwirklichung, um das Gewinnen und Mitreißen der anderen, um das Verhältnis zur von der Ausbeutung befreiten Arbeit.

Benito Wogatzki: „Der Preis des Mädchens“, Verlag Neues Leben, Berlin 1971, 200 Seiten, 6,20 DM – zu beziehen über WLVG, 235 Neumünster, Wendenstraße 8.

sungswege zur Diskussion. Peter Schütt hat eine Auswahl repräsentativer Texte schreibender Arbeiter und Angestellten zusammengestellt – manchen werden sie anregen, selbst zur Feder zu greifen.

„Nix zu machen?“ Mitbestimmungstexte. Zusammengestellt von Peter Schütt, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt Köln, 64 Seiten, 1,- DM – Bezug über: WLVG, 235 Neumünster, Wendenstr. 8. Reinhard Junge

Kriegsdienstverweigerer: Gegen die Militarisierung der Gesellschaft

Mit einem juristischen Ratgeber
Herausgegeben von
Haug/Maessen



Fischer Taschenbücher. Informationen zur Zeit.

Hans-Jürgen Haug/Hubert Maessen (Hg.)
Kriegsdienstverweigerer:
Gegen die Militarisierung der Gesellschaft.

Mit einem juristischen Ratgeber.
Originalausgabe. Bd. 1173 DM 3,80
„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“ (Artikel 4, Abs. 3, Grundgesetz) Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer wird sich 1971 verdoppeln. Dieses Buch berichtet über die Gründe und die bisherige Strategie der Kriegsdienstverweigerer, die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden, den „Friedensdienst ohne Waffe“, schließlich über das Verfahren bei der Verweigerung.

Hans-Jürgen Haug/Hubert Maessen
Was wollen die Lehrlinge?
Originalausgabe. Bd. 1186 DM 4,80

Hans-Jürgen Haug/Hubert Maessen
Was wollen die Schüler?
Politik im Klassenzimmer
Originalausgabe. Bd. 1013 DM 2,80

Peter Brosch
Fürsorgeerziehung
Heimterror und Gegenwehr
Originalausgabe. Bd. 1234 DM 3,80

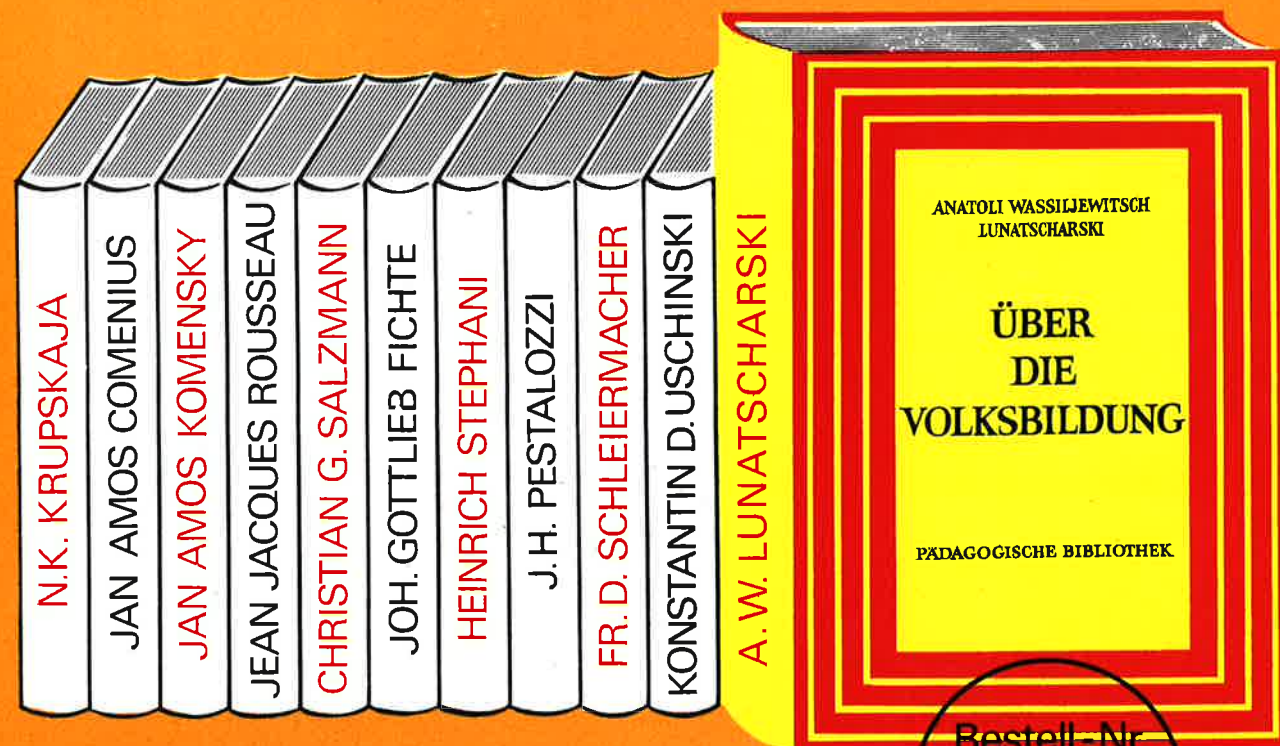
Fischer Taschenbuch Verlag

Sozialistische Projektarbeit
im Berliner Schülerladen Rote Freiheit
Analysen, Protokolle, Dokumente
Herausgeber-Kollektiv
Originalausgabe. Bd. 1147 DM 6,80

Bobby Seale
Wir fordern Freiheit
Der Kampf der Black Panther
Deutsche Erstveröffentlichung
Bd. 1198 DM 6,80

In jeder
Buchhandlung

NEU IN DER REIHE „PÄDAGOGISCHE BIBLIOTHEK“



ANATOLI WASSILJEWITSCH
LUNATSCCHARSKI

ÜBER DIE VOLKSBIEDUNG

PÄDAGOGISCHE BIBLIOTHEK

Bestell-Nr.

212503

9,7^M

VOLK UND WISSEN

VOLKSEIGENER VERLAG

DDR-108 Berlin, Lindenstraße 54a

DAS DICKE ZILLEBUCH

Herausgegeben von Gerhard Flügge
Mit einem Vorwort von Margarete Köhler-Zille
520 Seiten · Leinen etwa 36,— M

„Heinrich Zille ist wohl der volkstümlichste, aber vielleicht auch der mißverstandenste deutsche Künstler. Viele Menschen sehen in ihm eben nur den Witzblatt-Zeichner. Sie haben keine Lust, die Arbeiten Zilles so zu sehen, wie sie gemeint sind. Sie empfinden nicht das Beißende seiner ‚Witze‘... Seine Arbeiten sind so wahr und echt, weil Zille nicht nur ein großer Künstler ist, sondern weil er das, was er darstellt, kennt bis in seine verborgensten Winkel. Heinrich Zille stellt seine eigene Klasse dar. Er lebt

immer und er lebt jetzt noch mit ihr, er kennt ihre Heimlichkeiten, ihre Nöte, ihre Kneipen, ihre Hinterhofwohnungen. Und was ihn haushoch über andere Künstler, die das Proletariat malen und zeichnen, stellt: er hat keine ‚Einstellung zur Masse‘, sondern ist und fühlt sich als ein Teil von ihr...“

Otto Nagel (1929)

Das „dicke Zillebuch“ bietet in 26 Kapitel mit über 900 Abbildungen einen umfassenden Querschnitt des Gesamtwerkes.

Eulenspiegel Verlag
DDR-108 Berlin Kronenstraße 73/74



H. Zille
1904

Gerhard Dusch
Josef Mayer Str 4

2835